



**Parlamentssitzung 27. Juni 2011**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 22.45 Uhr

**Vorsitz** Ursula Wyss (Grüne)

**Anwesend** Annemarie Berlinger-Staub (SP)  
Christian Burren (parteilos)  
Heinz Engi (FDP)  
Mario Fedeli (SP)  
Liz Fischli-Giesser (Grüne)  
Thomas Frey (BDP)  
Martin Graber (SP)  
Philippe Guéra (BDP)  
Hermann Gysel (EVP)  
Beat Haari (FDP)  
Niklaus Hofer (SVP)  
Franziska Keller (BDP)  
Erica Kobel-Itten (FDP)  
Hanspeter Kohler (FDP)  
Verena Koshy (CVP)  
Daniel Krebs (SVP)  
Stefan Lehmann (SVP)  
Andreas Lanz (BDP)  
Patrik Locher (EVP)

Ruedi Lüthi (SP)  
Anna Mäder (SP)  
Urs Maibach (Grüne)  
Hans Moser (SVP)  
Heinz Nacht (SVP)  
Hansueli Pestalozzi (Grüne)  
Jan Remund (Grüne)  
Christian Roth (SP)  
Elisabeth Rügsegger (SVP)  
Christoph Salzmann (SP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Hugo Staub (SP)  
Stephie Staub-Muheim (SP)  
Mark Stucki (FDP)  
Barbara Thür (GLP)  
Thomas Verdun (SVP)  
Markus Willi (SP)  
Ulrich Witschi (BDP)

**Entschuldigt** Bernhard Bichsel (FDP)

Rolf Zwahlen (EVP)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 30. Mai 2011 .....	140
2.	Kommissionswahlen .....	140
3.	Rechnung 2010 .....	140
4.	Verwaltungsbericht 2010 .....	145
5.	Oberstufenzentrum Köniz - Sanierung Turnhallendach und Erstellen einer Photovoltaikanlage .....	150
6.	Sägematte - Abgabe Wohnbaufeld im Baurecht und Überführung vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen .....	154
7.	Kunsteisbahn Schwarzwasser - Erwerb .....	158
8.	Föhrenweg - Ersatz Wasserleitung und Belagserneuerung .....	166
9.	Gebührenreglement für das Baubewilligungsverfahren, baupolizeiliche Verrichtungen und Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes - Änderung .....	166
10.	0632 Motion (CVP/EVP) "Erotik Betriebe" .....	166
11.	0633 Postulat (jfk) "Anreize für energiesparendes Bauen" .....	166
12.	1105 Interpellation (BDP) "Könizer Bildungsinstitutionen im Spannungsfeld des Stabilisierungsprogramms: Der Fall Spez.Sek- Klassen am Gymnasium Köniz-Lerbermatt" .....	166
13.	1106 Interpellation (FDP.Die Liberalen Köniz) "Schliessung der Spezsek Klassen in der Lerbermatt" .....	166
14.	Verschiedenes .....	166

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Parlamentssitzung. Leider muss ich Ihnen auch heute wieder einen Rücktritt aus dem Parlament bekanntgeben.

**Heinz Engi (FDP):** Ich sitze heute ein letztes Mal unter Ihnen, sofern es nicht noch eine zweite Sitzung am 4. Juli gibt. Es ist mir ein vordringliches Anliegen, Ihnen herzlich zu danken geschätzte Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit, auch wenn Ihr Abstimmungsverhalten nicht immer mit meiner Meinung in Einklang gebracht werden konnte. Das Wirken in der Fraktion, den Kommissionen und im Ratsplenum ist für mich in den vergangenen vier Jahren zeitweise zu einer Leidenschaft geworden. Ich habe mich der Politik hingegeben, sie hat mich fasziniert. Ich habe den Kontakt zu Ihnen stets geschätzt, trotz gelegentlich hitziger Debatten. Vielleicht habe ich mich gerade wegen dieser angeregten Debatten in ihrer Mitte wohl gefühlt. In Erinnerung bleiben werden mir zwei umstrittene Abstimmungen – die Rückweisung des Budgets 2011 und der Primatwechsel des Pensionskassensystems – die mit einem Stichtentscheid des Ratspräsidenten, resp. der Ratspräsidentin entschieden wurden. Bei beiden Vorlagen habe ich mich mit viel Leidenschaft engagiert, einmal gewonnen und einmal verloren. So gehe ich, wäre ich ein Eishockeyspieler (dies in Anlehnung an Traktandum 7 der heutigen Sitzung), mit rund 120 Stunden Eiszeit und einer ausgeglichenen Bilanz vom Eis. Für die Zukunft wünsche ich sowohl den Gemeinderäten als auch dem Parlament einen sorgsam Umgang mit dem Geld unserer Steuerzahler, sprich Mut bei der Gestaltung ausgeglichener Budgets und Zurückhaltung beim Ausgeben der bewilligten finanziellen Mittel. Der Gemeinderat ist mit seinem Stabilisierungsprogramm grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Sie, geschätzte Parlamentsmitglieder haben noch Vorstösse in der Pipeline, die ebenfalls in die richtige Richtung zielen. Mit entsprechendem politischem Willen lässt sich die Finanzpolitik von Köniz, trotz schwieriger werdendem Umfeld, auch in den kommenden Jahren positiv gestalten. Die Gemeinde Köniz befindet sich heute in einem guten Zustand, wirtschaftlich wie auch gesellschaftlich. Tragen Sie Sorge dazu, liebe Parlamentarier und Parlamentarierinnen. Sorgen Sie weiterhin dafür, dass sich die Energien und Werte unserer Bevölkerung, unserer KMU, unserer Industriellen und Dienstleistungsunternehmen in einem stabilen Umfeld entwickeln können. Weiterhin viel Mut, Engagement und Erfolg im Rossstall auf Schloss Köniz. Heinz Engi

**Hanspeter Kohler (FDP):** Die FDP-Fraktion hätte Heinz Engi gerne noch weiter in ihren Reihen behalten. Einmal mehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Beruf und Politik aus zeitlichen Gründen nicht immer vereinbar sind. Heinz Engi führt als Zollkreisdirektor in Basel einen sehr grossen Bereich mit vielen Mitarbeitenden. Das Pendeln zwischen Basel und Bern ist sicher nicht immer einfach. Trotzdem hat er sich bis zum heutigen Tag als Politiker für die Gemeinde Köniz eingesetzt. Bis Ende 2010 war Heinz Engi Fraktionspräsident der FDP. In dieser Funktion war er stets ein sehr geschickter Vermittler zwischen den Fraktionen, besonders dann, wenn es darum ging, entscheidende Mehrheiten zu finden. Wir werden – vielleicht nicht ganz alle – seine bissigen und klaren Voten bei Finanzfragen oder betreffend Pensionskasse sicher sehr vermissen. Gingen Abstimmungen nicht im Sinn der FDP-Fraktion oder von Heinz aus, waren Hopfen und Malz trotzdem nicht verloren; sogar nach der Abstimmung über die Pensionskasse nicht. Er hat die Zutaten einfach anders zu einem guten Getränk weiter verarbeitet. Die FDP-Fraktion dankt Heinz Engi herzlich für seine sehr aktive Arbeit in der Fraktion, in verschiedenen Kommissionen, aber auch im Parteivorstand. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft. *(Applaus)*

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Am 1. Juni 2011 haben Sie die Unterlagen für die heutige Sitzung erhalten. Am 21. Juni 2011 sind Ihnen das Protokoll der Sitzung vom 30. Mai 2011 und eine Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche zugestellt worden. Auf Ihren Pulten finden Sie unter anderem die Einladung für den Parlamentsausflug vom 2. September 2011. Eine Vorinformation: Am 22. August 2011 wird das Geschäft über die Schlosszone beraten. Dazu findet am 11. August 2011 um 18.00 Uhr eine Schlossführung mit anschliessendem Apéro statt, wozu Parlament, Gemeinderat und Jugendparlament eingeladen sind.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Die Traktandenliste ist sehr lang. Leider war keine Verschiebung von Traktanden auf die Sitzung vom 22. August 2011 möglich. Können wir heute nicht zu Ende beraten, findet am 4. Juli 2011 eine Folgesitzung statt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 30. Mai 2011 (Nachversand)

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Auf Seite 113, unter Traktandum Verschiedenes, ist der letzte Satz meines Votums nicht fertig geschrieben worden. Ich bitte darum, ihn wie folgt zu ergänzen: "Ich bitte die Mitglieder der Redaktionskommission, sich im Anschluss an die Sitzung *noch zu treffen*."

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 30. Mai 2011 wird mit der obgenannten Änderung genehmigt.

### 2. Kommissionswahlen

- Schulkommission Obere Gemeinde - Wahl
- Schulkommission Köniz/Schliern – Ersatzwahl

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** In den Schulkommissionen Obere Gemeinde und Köniz/Schliern sind je ein vakanter Sitz zu besetzen. Für den vakanten Sitz in der Schulkommission Obere Gemeinde schlägt Ihnen die SP-Fraktion Herrn Urs Dietrich-Felber zur Wahl vor.

---

#### Beschluss

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss erklärt Herrn Urs Dietrich-Felber, Liebefeld, (SP), als Mitglied der Schulkommission Obere Gemeinde für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. vom 28. Juni 2011 bis 31. Juli 2014 als gewählt.

---

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Für den durch den Rücktritt von Frau Sabine Merz frei werdenden Sitz schlägt Ihnen die SP-Fraktion Frau Jacqueline Sidler zur Wahl in die Schulkommission Köniz/Schliern vor.

---

#### Beschluss

Parlamentspräsidentin Ursula Wyss erklärt Frau Jacqueline Sidler, Schliern, (parteilos, Sitzanspruch SP), als Mitglied der Schulkommission Köniz/Schliern für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. vom 28. Juni 2011 bis 31. Juli 2014 als gewählt

---

### 3. Rechnung 2010

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Mit den Sitzungsakten haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats sowie die Rechnung 2010 erhalten. Wir beraten wie folgt: Zuerst wird der Präsident der Finanzkommission sprechen, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Nach der Detailberatung erfolgt die Schlussabstimmung.

**Präsident der Finanzkommission Christian Burren:** Die Rechnung 2010 schliesst besser ab als budgetiert. Der Aufwandüberschuss beträgt noch rund 161'000 Franken; im Voranschlag war ein Defizit von fast 2 Millionen Franken aufgeführt. Das ist erfreulich. Somit verbleiben nach wie vor 15,36 Millionen Franken Eigenkapital.

Einige Punkte, die ich erwähnen möchte: Der Personalaufwand liegt um 350'000 Franken tiefer als budgetiert. Das ist positiv. Der Sachaufwand ist hingegen rund 1 Million Franken höher als budgetiert. Hier schlagen höhere Kosten für Wasser, Energie und Heizung mit 150'000 Franken, für Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt mit 290'000 Franken, für Mieten mit

280'000 Franken und für Dienstleistungen Honorar für allgemeinen Verwaltungsaufwand mit 330'000 Franken zu Buche. Einige Zahlen, die aus der Rechnung 2010 nicht auf den ersten Blick ersichtlich sind: Ein grosser Teil unserer Mittel ist gebunden, z. B. im Lastenausgleich. Im Jahr 2010 waren dies mehr als 49 Millionen Franken, d. h. 53,4 Prozent unseres Steuerertrags fliessen direkt in Lastenausgleiche. Der ordentliche Steuerertrag von juristischen Personen zeigt für 2010 ein erfreuliches Bild. Hier sind jedoch im Jahresvergleich stets grosse Schwankungen zu gewärtigen. 2008 betrug der Steuerertrag juristischer Personen 18 Millionen Franken, 2009 8 Millionen Franken. Für 2010 ist ein Ertrag von 13 Millionen Franken festzustellen.

Eine Bemerkung zur Schuldsituation: Der Rechnung 2010 kann entnommen werden, dass das mittel- und langfristige Fremdkapital um 10,5 Millionen Franken zugenommen hat. Die Gesamtschulden betragen 173 Millionen Franken, was Kapitalkosten von rund 5 Millionen Franken verursacht. Das ist zurzeit nicht dramatisch. Ein Zinsanstieg könnte jedoch unter Umständen eine Verdoppelung dieser Kosten ausmachen, was die Rechnung der Gemeinde Köniz arg aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Wir müssen daran arbeiten, die Schulden möglichst abzubauen. Ein weiterer Punkt sind die geleisteten Überstunden und nicht bezogenen Ferien von Mitarbeitenden im Wert von 773'000 Franken. Das ist noch nicht dramatisch, denn bis 2 Prozent der Personalkostensumme müssen keine Rückstellungen gemacht werden. Erfreulicherweise kann aber mitgeteilt werden, dass 400'000 Franken Rückstellungen vorhanden sind, was im Hinblick auf eine allfällige Arbeitszeitverkürzung wertvoll sein kann.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen, d. h. dem Nachkredit für die Tagesschulen und der Jahres- und Bestandesrechnung 2010.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Der langfristige Erfolg der Gemeinde Köniz misst sich nicht daran, ob die Motion XY angenommen wird, ob hier 10 Stellenprozente mehr, ob dort 10'000 Franken weniger ausgegeben werden oder ob der Frauen- oder der Männeranteil im Gemeinderat höher ist. Er definiert sich darüber, wie mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgegangen wird, was damit erreicht wird, wie effizient die vorhandenen Mittel eingesetzt werden und wie stark wir uns verschulden. So wird die Basis für zukünftige Entwicklungen und neue Generationen gelegt. Die Rechnung legt davon jeweils Zeugnis ab.

Die Rechnung 2010 ist ein ordentliches Zeugnis, das nicht unbedingt Anlass zum Jubeln gibt, aber auch kein ungenügendes ist. Die Rechnung ist nach wie vor eine anständige Basis für die Zukunft, sie signalisiert aber auch einiges. Grundsätzlich bewegt sich die Rechnung 2010 nah am Budget und das ist gut so. Der bessere Abschluss als budgetiert bereitet niemandem Schmerzen und die Abweichung ist nicht so gross, als dass hier jemandem irgendetwas vorgeworfen werden könnte. Gerade die eher etwas positiveren Tendenzen bei den Steuereinnahmen spiegeln einen generellen Trend wider und zeigen, dass unser Land, aber auch unsere Gemeinde ziemlich krisenresistent sind. Es zeigt auch, wie wichtig zwar die Steuereinnahmen von juristischen Personen sind, dass die stabile Basis der Einnahmen aber die Steuern von einkommensstarken und vermögenden natürlichen Personen in der Gemeinde sind und dass dieses Segment gepflegt werden muss. Der bessere Abschluss darf aber nicht falsch interpretiert werden, weder in die eine noch in die andere Richtung. Spendierlaune ist nicht angesagt, die nächsten Jahre bringen harte Herausforderungen. Panik hingegen wäre auch falsch, die finanzielle Basis ist einnahmenseitig so schlecht nicht. Für die FDP-Fraktion steht das Signal hier auf orange. Eine gewisse Befriedigung können wir beim Personalaufwand nicht ganz verstecken. Es ist sehr erfreulich, dass hier doch ein ansehnlicher Beitrag gegenüber dem Budget eingespart werden konnte. Der Budgetentscheid für 2011 wird für uns hier bestätigt, im Wissen, dass sich die Gemeindeverwaltung ziemlich anstrengen muss und – dieses Lob bringe ich hier an – das auch sehr gut macht. Ebenfalls grün sehen wir bei den Investitionen 2010. Sie sind höher ausgefallen als in den Vorjahren und vor allem der Realisierungsgrad ist gegenüber früheren Rechnungen besser; etwas das wir immer wieder moniert haben. Nicht ganz unproblematisch und mit den Investitionen verknüpft, ist die Frage der Verschuldung der Gemeinde. Gegenwärtig ist der Zinsbelastungsanteil sehr niedrig. Die Selbstfinanzierung ist relativ niedrig, die Verschuldung – in absoluten Zahlen – aber relativ hoch. Im äusserst volatilen wirtschaftlichen Umfeld, wo relativ schnell mit Zinsanpassungen nach oben gerechnet werden muss, sehen wir zwar kein unmittelbares Risiko, es handelt sich aber um einen Faktor, der im Interesse einer nachhaltigen finanziellen Entwicklung im Auge behalten werden muss. Die Rechnungsprüfung hat keine nennenswerten Probleme an den Tag gebracht, auch hier ein grünes Signal und deshalb den besten Dank an die Finanzabteilung.

Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats in Bezug auf die Rechnung 2010 zustimmen. Wir werden auch dem Nachkredit zustimmen, merken aber an, dass die Kostenentwicklung im Bereich der Tagesschulen im Auge zu behalten ist. Entsprechende Massnahmen sind im Stabilisierungsprogramm vorgesehen und zum Teil bereits beschlossen.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** In meinen Augen machen zwei Dinge eine Rechnung aus: Wir müssen uns vergewissern, dass die ganze Sache ordnungsgemäss in die Buchhaltung eingegangen ist und dass, soweit wir es beurteilen können, nicht betrogen worden ist. Ich möchte all jenen ganz herzlich danken, die ihre Arbeit in der Verwaltung im Kleinen gut machen und richtig und sparsam entscheiden. Eine Rechnung ist aber auch eine Hochrechnung für das nächste Jahr, sie zeigt Tendenzen auf. Beim Studium der Rechnung von 2004 habe ich versucht, Tendenzen zu sehen und ein Punkt ist mir aufgefallen: Die Summe der Nachkredite betrug damals mehr als 1 Million Franken, für 2010 beträgt sie nur noch knapp 400'000 Franken. Ich versuchte noch den Aufwand nach Funktionen der Rechnungen 2005 und 2010 zu vergleichen, um zu sehen, wo sich der Aufwand der Gemeindeverwaltung wesentlich verändert hat. Ich war erstaunt festzustellen, dass der Zuwachs bei der Sicherheit sehr gross war, bei der Gesundheit ist er erheblich. Auch im Bereich Kultur und Freizeit ist ein Zuwachs festzustellen. Das heisst, an anderen Orten ist mit den zur Verfügung stehenden Mittel sparsam umgegangen worden. Was sind die Folgerungen aus diesen Vergleichen? Einige Punkte sind bereits aufgeführt worden, ich füge noch einen hinzu: Die Hochrechnung Ende des letzten Jahres war schlechter als das Budget, die Rechnung 2010 zeigt nun aber ein ganz anderes Bild. Hier ist ein gewisses Verbesserungspotenzial vorhanden, z. B. im Bereich der Abschreibungen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der Rechnung 2010 und dem Nachkredit gemäss Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Martin Graber (SP):** Alle Jahre wieder stellt man sich die Frage, ob es um Schnee von gestern geht oder ob die Rechnung ein Hinweis in die Zukunft ist. Nehmen wir den Blickwinkel "Schnee von gestern" ein, kann man der Meinung sein, das Geld ist ausgegeben, es lohnt sich nicht, sich noch länger damit zu befassen. Man kann einige allgemeine Äusserungen los werden und alle etwas – aber nicht zu viel – loben. Fazit ist: Wir schauen weiter aufs nächste Jahr. Richten wir aber den Blickwinkel auf "Hinweis in die Zukunft", lohnt es sich, die Rechnung näher zu betrachten. Ich nehme drei Punkte heraus: Die Kostenentwicklung bei Aufwand und Personal, die Empfehlungen der Firma T & R und die Steuererträge.

Gemeinderat und Verwaltung haben die Kosten beim Personal und bei den beeinflussbaren Sachaufgaben im Griff, aber z. B. auf den Heizölpreis haben wir in Köniz keinen Einfluss. Die Kosten sind im Griff, weil die Budgetdisziplin konsequent ist. In Anbetracht der Wolken am Finanzhorizont ist diese konsequente Haltung logisch und gut. Das Parlament muss sich beim Bestellen von "nice-to-have-Leistungen" bewusst sein, was damit ausgelöst werden kann. Ausgaben und Einnahmen müssen etwas miteinander zu tun haben. Im Kanton St. Gallen beschliessen z. B. die Gemeinden ihr Budget und aufgrund der bestellten Leistungen wird der Steuersatz automatisch berechnet.

Die Firma T & R hat im Rahmen der Rechnungsprüfung Empfehlungen abgegeben. Diese Empfehlungen sind wichtige Wegweiser. Die Finanzkommission hatte Einblick in die Dossiers und konnte feststellen, dass der Gemeinderat die Empfehlungen ernst nimmt. So sollen z. B. die Schloss-Liegenschaften ins Finanzvermögen transferiert werden. Darüber wird das Parlament voraussichtlich noch 2011 beraten. Die Empfehlungen in Bezug auf die Schaffung von Rückstellungen für die Deckung der Bezahlung von aufgelaufenen Überzeiten des Personals sind bereits umgesetzt worden.

Die Steuererträge bei den natürlichen Personen sind seit Jahren stabil und 2010 etwas höher ausgefallen als budgetiert. Einmal mehr machen uns aber die enormen Schwankungen bei den juristischen Personen Sorgen. Bei der vorliegenden Rechnung sind in diesem Bereich Minder-einnahmen von 800'000 Franken zu gewärtigen, obwohl die gesamten Steuereinnahmen um 5 Millionen besser abgeschlossen haben als 2009. Solche Schwankungen erschweren die Planung, so ist z. B. die Steuerteilung der Firma Swisscom der Jahre 2006 und ff. noch nicht rechtskräftig vollzogen. Hier können noch Überraschungen kommen, positiver wie auch negativer Art. Die Probleme, die durch diese enormen Schwankungen entstehen, müssen mit geeigneten Instrumenten angegangen werden. Ich denke hier an Rückstellungen wie sie z. B. in der Gemeinde Ittigen vorgenommen werden oder – wie es andere Gemeinden lösen – an eine Spezialfinanzierung.

Die Rechnung 2010 der Gemeinde Köniz ist nicht Schnee von gestern, sie kann als Wegweiser benützt werden. Es genügt aber nicht, einen schönen Wegweiser zu betrachten, es muss auch entsprechend gehandelt und in die richtige Richtung gegangen werden.

Die SP-Fraktion wird der Rechnung 2010 und dem Nachkredit gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Eine Jahresrechnung ist in meinen Augen Vergangenheitsbewältigung. Die neue Rechnung läuft bereits seit einem halben Jahr und in einigen Monaten muss das Parlament bereits das Budget 2012 beraten. An den vorgelegten Zahlen lässt sich nichts mehr ändern, sie sind jedoch Parameter für die Zukunft. Eine Jahresrechnung ist nichtsdestotrotz ein Leistungsausweis, ein Ergebnis von grosser geleisteter Arbeit. Für diese geleistete Arbeit möchte ich im Namen der SVP-Fraktion dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich danken. Schliesst die Rechnung besser ab als budgetiert, wie 2010, ist das sehr gut. Das Defizit beträgt anstatt 1,9 Millionen Franken noch 161'000 Franken. Die Gründe dafür sind vielschichtig und plausibel nachgewiesen. Wie sieht jedoch die Zukunft aus? Es besteht kein Grund für Jubel, Trubel und Heiterkeit. Das Eigenkapital beträgt zwar immer noch gut 15 Millionen Franken, es ist jedoch Vorsicht geboten, denn die Rahmenbedingungen sind nicht immer einfach. Das Parlament wird sich bei der Behandlung des Sanierungspakets und des nächsten Voranschlags noch intensiv damit befassen. Sparen, aber nicht um jeden Preis, ist weiterhin angesagt.

Die SVP-Fraktion stimmt der Rechnung 2010 gemäss dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz wird der Rechnung 2010 einstimmig gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. "Es ist noch einmal gut gegangen", lautet unser Fazit nach der Feststellung, dass das Defizit viel kleiner als budgetiert ausgefallen ist. Auch für die mittelfristige Perspektive sind das positive Zeichen. Aber auch wir sehen, dass die Finanzkennzahlen weiterhin nicht wirklich gut sind und am Horizont dunkle Wolken aufziehen. Zwei relativ neue Phänomene beunruhigen uns: Einerseits die grosse Schwankungsbreite bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen und andererseits die Schwierigkeiten bei den Abgrenzungen. Das zeigt einerseits die Verhältnislosigkeit der Budgetdebatte, wo man sich manchmal um 100'000 Franken streitet. Andererseits gilt es, diese Schwierigkeiten in Zukunft irgendwie dämpfen zu können. Das muss in den nächsten Monaten und Jahren in der Finanzkommission diskutiert werden.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke herzlich für die positive und differenzierte Aufnahme der Rechnung 2010. Oscar Wilde schrieb einmal: "Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen." Ein Budget beinhaltet – neben den Führungskennzahlen, die für die Verwaltung gültig sind – einen Anteil Prognosen, vor allem im nicht beeinflussbaren Teil. Deshalb ist es spannend, rückblickend zu beurteilen, wie sich die damalige Prognose in der Budgetphase mit der Realität spiegelt. Was kann dazu gesagt werden? Der viel diskutierte Entscheid Ende 2009, in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld den Steuerfuss als positives Zeichen leicht zu senken, hat sich im Rechnungsjahr 2010 als vertretbar erwiesen. Rückblickend kann festgestellt werden, dass der damalige Entscheid weder populistisch noch falsch war. Wir sind nicht abgestürzt, sondern mit einem kleinen Defizit davongekommen, in dem Sinn mit einem kleinen blauen Auge. Der Gemeinderat hat 2010 nicht nur diverse Sparmassnahmen umgesetzt und eine Steuersenkung verdaut. Er hat auch - und darauf möchte ich hinweisen – in zahlreichen Bereichen das Angebot verbessert, was aus seiner Sicht notwendig war und auch vom Parlament als notwendig erachtet worden ist. Das waren zusätzliche Mittel z. B. für das Standortmarketing, für fünf neue Tagesschulen, was zu einer Verdoppelung des Angebots von 450 auf 900 eingeschriebene Schulkinder führte, für 12 zusätzliche Kita-Plätze, für 5'700 zusätzliche Betreuungsstunden in der Tagespflege, für 5'300 zusätzliche Betreuungsstunden in der Spitex, für Massnahmen zur Verbesserung der Integration unserer ausländischen Bevölkerung, für neue Plätze zugunsten von erwerbslosen Sozialhilfe Empfangenden und für Verstärkungsmassnahmen in der Schulsozialarbeit. Die Liste ist nicht vollständig, sondern ich habe nur einige Bereiche vor allem aus dem Bildungs- und Sozialwesen aufgezählt, wo wir 2010 sinnvolle zusätzliche Verstärkungen unserer Dienstleistungen vornehmen konnten. Führt man sich das vor Augen und stellt gleichzeitig fest, dass der Personalaufwand stabil geblieben und der Sachaufwand grundsätzlich kontrolliert verlaufen ist, kann festgestellt werden, dass Gemeinderat und Verwaltung sehr sorgfältig mit den anvertrauten Steuergeldern umgehen und der Finanzhaushalt im Griff ist. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Budget gesunken, wenn die Buchhaltung 5 mit in Betracht gezogen wird und differiert gegenüber Budget und Rechnung 2009 nur um 0,43 Prozent. Die Steigerung im Sachaufwand von 1 Million Franken geht zum grössten Teil – rund 0,9 Millionen Franken – auf unbeeinflussbare Faktoren zurück, wie gestiegene Heizkosten, strengere Winter, zusätzliche Mietkosten für Büros der Sozialdienste und ein unerwarteter Unterhalt bei den Schulanlagen. Was uns beim Rechnungsergebnis neben den

eigenen Sparmassnahmen sicher auch geholfen hat, ist der Umstand, dass sich die Steuererträge der Unternehmen erfreulich erhöht haben. Geholfen hat uns sicher auch, das will ich nicht verhehlen, dass wir bei diversen gebundenen Lasten- und Finanzausgleichssystemen tiefere Belastungen als in der Budgetphase erwartet zur Kenntnis nehmen durften. In dem Sinn kann gesagt werden, dass das Rechnungsergebnis erfreulich ist.

Das Rechnungsergebnis könnte zu falschen Schlüssen verleiten, z. B. dazu, dass das Stabilisierungsprogramm 2011 – 2014 nicht mehr notwendig ist. Hier muss ich als Gemeinderat und Gemeindepräsident festhalten, dass keine Entwarnung gegeben werden kann. Das fast ausgeglichene Rechnungsergebnis bedeutet einen Fortschritt bei unseren Stabilisierungsbemühungen, ist aber – wie an der Medienorientierung gesagt – eine Schwalbe, die noch keinen Frühling macht. Wir haben uns recht gut gehalten, sind aber noch nicht über dem Berg. Rückschläge in den nächsten uns bevorstehenden Runden sind ohne weiteres möglich. Unser Finanzhaushalt bleibt labil und gefährdet. Wir müssen weiterhin aufmerksam bleiben und alle Ausgaben kritisch hinterfragen. Eines möchte ich festhalten: Der Stabilisierungsprozess ist und bleibt ein rollender Prozess, in den laufend neue Erkenntnisse einfließen dürfen und sollen. Soweit meine grundsätzlichen Überlegungen.

Zu den einzelnen Voten: Von verschiedener Seite ist auf die Verschuldungssituation hingewiesen worden. Diese Analyse ist richtig und ich bin froh, dass verschiedene Fraktionsvertreter auf die, zurzeit noch sehr ruhig aussehende, Problematik hinweisen. Bei der Analyse des Zinsbelastungsanteils ist eine tiefe Belastung festzustellen. Der Schuldenabbau ist von einzelnen Votanten richtigerweise als mittelfristig zu erreichendes Ziel erklärt worden. In der überarbeiteten Finanzstrategie des Gemeinderats ist das Ziel Schuldenabbau klar als mittelfristiges Ziel deklariert. Darüber werden sie in einer der nächsten Sitzungen beraten können. Der Referent der CVP/EVP/GLP-Fraktion wünschte, dass die Hochrechnung zu verbessern ist, insbesondere im Bereich der Abschreibungen. Das wird geprüft und Verbesserungen werden laufend eingebracht. In Bezug auf die Hochrechnung ist namentlich zu erwähnen, dass bei den Steuereinnahmen erst nach Rechnungsabschluss, d. h. anfangs des Folgejahres die wirklich richtigen Erkenntnisse eintreffen. Die enormen Schwankungen, vor allem bei den juristischen Personen, können ein Rechnungsergebnis positiv wie auch negativ stark beeinflussen. Zu den Äusserungen des SP-Referenten in Bezug auf den Transfer der Schlossliegenschaft ins Finanzvermögen möchte ich einen Vorbehalt anbringen: Es ist nicht ganz sicher, ob dies bereits in diesem Jahr vorgenommen werden kann. Zurzeit zirkulieren zwei Versionen, die weiterverfolgt werden. Die eine ist die Einrichtung eines Hotels/Tagungszentrums mit Restaurant, die andere die Realisierung eines Hauses der Musik. Wird letzteres realisiert, ist je nach Ausgestaltung die Frage, ob die Schlossliegenschaft nicht doch im Verwaltungsvermögen bleiben muss. Die Frage, ob sofort nach der Abstimmung über die Planänderung der Schlosszone diese Änderung vorgenommen wird, muss noch offen bleiben. Die Überlegungen, die in Bezug auf die Steuereinnahmen gemacht worden sind, finde ich richtig. Wir müssen uns wirklich überlegen, wie wir die Schwankungen besser in den Griff bekommen können. Wenn, wie im vergangenen Jahr, ein positiver Effekt resultiert, reagieren wir mit grosser Gelassenheit. Geht es in die andere Richtung, zeigt sich nachher im Diskurs mindestens hier im Parlament relativ schnell ein ganz anderes Bild. Der Gemeinderat ist an Überlegungen, Stichworte dazu sind Rückstellungen oder eine Spezialfinanzierung.

Im Übrigen danke ich bestens für den Dank, der an die Verwaltung gerichtet worden ist.

### **Detailberatung**

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Da niemand das Wort ergreifen will, stimmen wir über den Antrag des Gemeinderats ab.

---

### **Beschluss**

Das Parlament bewilligt folgenden Nachkredit für das Rechnungsjahr 2010:

3640.369 Beitrag für Tagesschulen

Fr. \_\_\_\_\_ 391'980.24

TOTAL Nachkredite Parlament

Fr. \_\_\_\_\_ 391'980.24

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---



---

**Beschluss**

1. Die Gemeinderechnung 2010, die bei Erträgen von Fr. 200'584'442.31 und Aufwendungen von Fr. 200'745'633.75 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 161'191.44 abschliesst, wird genehmigt.
  2. Die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2010 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 260'269'739.87 abschliesst, wird genehmigt.
- (abgegebene Stimmen: Einstimmig)
- 

**4. Verwaltungsbericht 2010**

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Mit dem Aktenversand sind Ihnen der Verwaltungsbericht mit Anhang sowie der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden. Mit Nachversand haben Sie die Zusammenfassung der Protokolle der Verwaltungsbesuche der GPK erhalten. Wir gehen wie folgt vor: Nach dem Votum des GPK-Präsidenten folgen die Voten der GPK-Referenten zu der ihnen jeweils zugeteilten Direktion. Danach folgen die Voten der Fraktionen und die Einzelvoten. Es findet keine Detailberatung statt, sondern wir stimmen direkt über den Antrag des Gemeinderats ab.

**GPK-Präsident Christoph Salzmann (SP):** Die GPK-Mitglieder hatten auch dieses Jahr die Gelegenheit benützt, rund um den Verwaltungsbericht die ihnen zugeteilte Direktion zu besuchen. Verwaltungsbesuch heisst in der Regel Diskussionen mit den Direktionsvorstehenden und den Abteilungsleitenden zu diesem und jenem zu führen. In früheren Jahren wurden anlässlich dieser Besuche vor allem Fragen in die Breite gestellt, d. h. fast zu jedem Abschnitt irgendetwas. Für dieses Jahr sind Schwergewichte gesetzt und diese vertieft bearbeitet worden. Die Ergebnisse sind in den Ihnen zugestellten kurzen Berichterstattungen zusammengefasst. Selbstverständlich hat jedes GPK-Mitglied seine Direktion zusätzlich zu diesem und jenem befragt; es ist jedoch nicht alles festgehalten worden, weil damit wieder ein 80-seitiger Bericht ausgelöst worden wäre. Die Direktionen haben uns aber versichert, dass sie jedem Parlamentsmitglied für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung befindet sich in einem guten Zustand, was den Befunden zu den einzelnen Direktionen entnommen werden kann. Wir sind auf fachlich versierte Angestellte getroffen, die sehr engagiert für die Sache arbeiten. Ich persönlich habe noch keinen Angestellten getroffen, wie sie oft in Karikaturen dargestellt werden. Im Namen aller GPK-Mitglieder danke ich den Direktionsvorstehenden und allen Angehörigen der Verwaltung für die 2010 geleistete Arbeit. Ich bitte die Gemeinderatsmitglieder diesen Dank jenen weiterzugeben, die heute nicht präsent sind. Es ist sicher nicht immer einfach, den gelegentlichen Gewittern des Parlaments ausgesetzt zu sein.

Der Verwaltungsbericht wird von der GPK einstimmig zur Annahme empfohlen.

**Direktion Bildung und Soziales (DBS)**

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Andreas Lanz und ich haben uns die Arbeit mit der KSF aufgeteilt. Dem Verwaltungsbericht 2010 kann entnommen werden, dass ein neuer Leistungsauftrag der Zentralen Schulkommission mit den Schulkommissionen erarbeitet worden ist. Ein Blick ins Bildungsreglement der Gemeinde Köniz zeigt, dass im Schulwesen viele Gremien mittun: Gemeinderat, Zentrale Schulkommission, Schulkommissionen, verschiedene Leiter- und Fachkonferenzen. Daneben gibt es noch das Schulinspektorat und die Erziehungsdirektion. Wir wollten wissen, wie die Matrixstruktur funktioniert und konnten feststellen, dass durchaus moderne Führungsinstrumente wie Leistungsaufträge und Reporting entwickelt worden sind und weiter ausgearbeitet werden. Geleitete Schulen werden tatsächlich geleitet, davon sind wir überzeugt. Bei der Sozialberatung stand der Umzug an die Sägestrasse 65 als markantes Ereignis im Blickpunkt. Aus dem Bericht der KSF schliesse ich, dass der Umzugsentscheid gut war. Die beiden Fachstellen Beratung und Prävention sind Spezialitäten der Gemeinde Köniz, andernorts werden diese Aufgaben durch die kantonale Berner Gesundheit (BEGES) erfüllt. Das ist sicher ein Grund für ein genaues Hinschauen. Anlässlich des Verwaltungsbesuchs waren Vertreter der Fachstellen dabei. Die Informationen finden Sie unter dem Schwerpunkt Suchthilfe. Zu beachten gilt aber, dass sich die beiden Fachstellen um mehr kümmern als nur um die Sucht. Die Fachstelle Beratung befasst sich auch mit anderen Lebensschwierigkeiten

und dieses Angebot wird von der Sozialberatung geschätzt. Die Fachstelle Prävention geht auch über die Themen Drogen und Alkohol hinaus und befasst sich neben anderen z. B. mit dem Thema Gewalt. Dass in der DBS nicht nur mit der Leitungsspitze gesprochen wurde, sondern auch mit Fachpersonen von der Front, ist geschätzt worden und könnte vielleicht in einem anderen Jahr wiederholt werden.

#### **Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)**

**GPK-Referent Heinz Nacht (SVP):** In Abwesenheit des Direktionsreferenten Rolf Zwahlen, ergreife ich das Wort. Rolf Zwahlen und ich besuchten die Personalabteilung, respektive die Finanzabteilung. Aus den Diskussionen mit der Personalabteilung ist mir das Management der Überzeit in Erinnerung geblieben. 2010 ist die Überzeit vom Gleitzeitkonto in ein Überzeitkonto überführt worden. Die strengen Winterdienste vom November und Dezember 2010 führten zu relativ vielen Überstunden und belasten die Rechnung. Eine Rechnung kann sehr stark schwanken, weil sie auf einen bestimmten Stichtag festgelegt wird, beispielsweise bei den Stellen. So waren 2009 600 Stellenprozente weniger festzustellen als 2010.

Finanzabteilung: Zur Hochrechnung ist bereits viel gesagt worden. Auch wir sind zum Schluss gekommen, dass ein Instrument vorhanden sein müsste, damit in guten Einnahmenjahren von Steuereinnahmen von juristischen Personen Rückstellungen gemacht werden können, um grosse Schwankungen zu vermeiden. Zu verbessern ist in unseren Augen die Kreditüberwachung. Das Jahr 2010 war in dieser Beziehung zwar ein gutes, aber auch 400'000 Franken sind viel Geld. Es sollte eine Art Frühwarnsystem eingerichtet werden, mit dem die laufenden Projekte besser überwacht werden können und die Finanzabteilung bei massiven Kreditüberschreitungen reagieren könnte.

Ich danke den Mitarbeitenden der DPF für die gute Zusammenarbeit und für die Beantwortung all unserer Fragen.

#### **Direktion Planung und Verkehr (DPV)**

**GPK-Referentin Erica Kobel-itten (FDP):** Hansueli Pestalozzi und ich besuchten zusammen die Direktion Planung und Verkehr. Wir definierten drei Schwerpunktthemen, zu welchen wir Diskussionen wünschten: Die Projektkontrolle, der Gesetzgebungsprozess am Beispiel Baureglement und die Auswirkungen der Reorganisation köniz.fünf auf die DPV.

Zum Thema Projektkontrolle: Dieses Thema ist uns wichtig, weil wir mitverfolgen wollen, wie die Kontrollsysteme funktionieren. Wir haben die Kontrollsysteme des Bauinspektorats, der Abteilung Verkehr und Unterhalt sowie der Planungsabteilung angeschaut und können zusammenfassend festhalten, dass in allen Abteilungen hervorragende Instrumente für die Projektkontrolle existieren. Einzig bei der Abteilung Verkehr und Unterhalt bestehen grosse Schwierigkeiten, die ganze Projektkontrolle, die Terminkontrolle und vor allem die Finanzkontrolle unter einen Hut zu bringen. Dies vor allem deshalb, weil die elektronischen Messinstrumente dazu noch fehlen.

Fazit der Projektkontrolle: Ziel der Direktion ist es, eine einheitliche Projektplanungs- und Erfassungssoftware einzuführen, die eine Schnittstelle zu den Finanzen aufweist, eine bessere Projektüberwachung ermöglicht und schliesslich auch zu einer Arbeitserleichterung führt.

Der Gesetzgebungsprozess: Uns war wichtig zu sehen wie die Planung eines Gesetzgebungsprozesses aussieht, wann was genau abläuft. Das wurde uns anhand des Baureglements sehr gut aufgezeigt. Wir konnten hier eingeben, dass in diesem ganzen Gesetzgebungsprozess eine parlamentarische Kommission allenfalls bereits vor der öffentlichen Mitwirkung ein erstes Mal tagen soll.

Auswirkungen der Reorganisation köniz.fünf: Hier konnten wir feststellen, dass die DPV relativ gut auf den ganzen Prozess vorbereitet war. Dies vor allem deshalb, weil der Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie bereits 2007 ausgelagert worden ist. Die Reorganisation von köniz.fünf führte in der Direktion zu einer Effizienzsteigerung. Die Planungsabteilung hält fest, dass für Beschlüsse zu den einzelnen Geschäften nur noch fünf statt sieben Gemeinderäte begrüsst werden müssen, was vieles vereinfacht. Im Weiteren ist die bessere Präsenz aller Gemeinderäte sehr zu begrüßen. Allerdings wird auch festgehalten, dass durch die Reduktion der Gemeinderatsmitglieder eine gewisse Meinungsvielfalt verloren gegangen ist.

#### **Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL)**

**GPK-Referentin Stephie Staub-Muheim (SP):** Ich schliesse mich dem Dank von Christoph Salzmann an, der zusammen mit mir in der DSL, die drei Abteilungen Gemeindebauten, Liegenschaften und Sicherheit besuchte. Schwerpunktthemen waren die langfristige Planung der

Werterhaltung der öffentlichen Bauten und die Werterhaltung des Schwimmbads Weiermatt. Sehr oft wird im Parlament gefragt, weshalb ausgerechnet dieses oder jenes Schulhaus nun nicht saniert wird oder weshalb nicht die Sanierung des anderen vorgezogen werden kann. Die Abteilung Gemeindebauten hat dazu einen Planungshorizont über mehrere Jahre und nicht nur den Investitionsplan über 5 Jahre. Priorisiert wird aufgrund der Bauaufsicht, der Nutzersicht sowie der involvierten Fachabteilungen; so z. B. bei Schulanlagen durch die Abteilung Gemeindebauten und die Abteilung Bildung und Sport. Politische Vorstösse, neue Vorgaben des Kantons – z. B. die Einführung der Basisstufe – oder finanzielle Situationen, führen sofort wieder zur Überarbeitung der Prioritäten. Die Strategiegruppe "AG Investitionen" ist bestrebt, die jährliche Investitionsquote von 12 Millionen Franken optimal auszuschöpfen.

Zu den Auswirkungen bei knapp werdenden finanziellen Ressourcen oder bei Sparübungen: Erstens birgt ein tieferes Budget die Gefahr von Nachkrediten. Zweitens führt es zu Provisorien. Drittens kann der Betrieb beeinträchtigt werden. Viertens wird die Werterhaltung infrage gestellt. Fünftens besteht die Gefahr, dass notwendige Investitionen zurückgestellt werden, so z. B. bei der Badeanlage Weiermatt. Um die Anzahl Eintritte bei schlechtem Wetter zu erhöhen, müsste für eine Attraktivitätssteigerung im Sinn von Spiel, Sport und Spass mehr investiert werden. Vorausschauend, systematisch und flexibel sind die Attribute, die ich der Abteilung Gemeindebauten zuordne.

Zum dritten Schwerpunkt, dem Konfliktpotenzial Synergien betreffend Liegenschaften Gemeinde/Pensionskasse und Genossenschaft Wohnraum Köniz (GWK): Gemäss Auskunft der Liegenschaftsverwaltung sind keine Konflikte bei der Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Liegenschaften und der Ausübung der beiden anderen Mandate vorhanden und durch die professionelle Bewirtschaftung können Synergien erzielt werden. Ich wäre jedoch froh, wenn die Liegenschaften der Pensionskasse völlig eigenständig oder in einer grösseren Kasse betreut werden.

Da der Atomunfall in Fukushima aktuell ist, habe ich der Abteilung Sicherheit eine Zusatzfrage gestellt: Wie geeignet sind unsere Zivilschutzanlagen in Bezug auf den Schutz vor radioaktiver Strahlung? Die Antwort ist ziemlich ernüchternd: Die Zivilschutzanlagen der Gemeinde Köniz bieten kaum Schutz vor einer allfälligen radioaktiven Verseuchung der Umwelt, da die Filteranlagen nicht für diese Zielsetzungen gebaut worden sind. Ebenfalls sind die Schutzräume nicht geeignet für eine längerfristige Benützung. Hier ist wohl das geflügelte Wort von Anita Weyermann Gold wert: "Gring abe u seckle."

### **Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)**

**GPK-Referent Andreas Lanz (BDP):** Stephanie Staub und ich haben die Direktion Umwelt und Betriebe besucht. Jedes Jahr 16'000 Tonnen Abfall einsammeln und zur Entsorgung transportieren, 5 Millionen Franken Umsatz. Das sind zwei Kennzahlen zur Könizer Abfallentsorgung. Aufgrund der Tarifanpassung per 1. Juli 2011 bei den Abfallgebühren haben wir die Abfallrechnung vertiefter betrachtet. Wir durften feststellen, dass das Geschäft von der Direktion wie auch vom Gemeinderat sehr gut vorbereitet und durchgeführt worden ist. Die Erhöhungen sind massvoll, leider aber notwendig, weil die Abfallrechnung in den letzten Jahren jeweils negativ abgeschlossen hat. Das Rationalisierungspotenzial ist in diesem Bereich weitestgehend ausgeschöpft. Kosten einsparen würde nur bedeuten, Leistungen abzubauen, z. B. den Abfall nur noch alle zwei Wochen einzusammeln anstatt wie bis anhin wöchentlich. Mit den neuen Preisen liegt die Gemeinde Köniz im Vergleich mit anderen Gemeinden im Mittelfeld.

Das zweite Schwergewicht bei der DUB ist 2010 das Thema Energie. Wir liessen uns von der Fachstelle Energie über den Stand der Arbeiten bei der Energiestadt-Zertifizierung informieren. Erfreut durften wir feststellen, dass es bezüglich dem Re-Audit für das Energiestadt-Label gut aussieht. Ebenfalls gute Chancen haben wir, dass der Antrag für den "European Energie-Award Gold" angenommen wird. Diesen Begriff muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, denn dabei handelt es sich quasi um den "Oscar" im Energie-Bereich. Gemeinderätin Rita Haudenschild hat uns letzten Montag informiert, dass am 17. Juni 2011 Gespräche mit dem Auditor aus der Schweiz und dem europäischen Auditor stattgefunden haben und die Gesuche der Gemeinde Köniz weitergeleitet werden können.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Im Namen der CVP/EVP/GLP-Fraktion möchte ich mich herzlich beim Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung für die Erarbeitung des Verwaltungsberichts 2010 bedanken. Von Geschwindigkeitskontrollen über die Kulturnacht bis zur Abwasserentsorgung, wer etwas über die Gemeinde Köniz wissen will, ist

mit dem Verwaltungsbericht gut bedient. Es handelt sich um eine Broschüre, die mit Zahlen, Grafiken und Beschreibungen aufzuzeigen versucht, was 2010 in der Gemeinde Köniz alles passiert ist. Das ist mit dem Verwaltungsbericht 2010 wirklich gut gelungen. So kann z. B. gelesen werden, dass die Feuerwehr 74 Mal mehr wegen Insekten ausrücken musste als 2009 und dass der Wasserverbrauch der Gemeinde Köniz um mehr als 30'000 Kubikmeter höher liegt als im Vorjahr. Einiges würden wir gerne noch etwas genauer wissen: Auf Seite 27 ist z. B. der Anstieg in Bezug auf die Überstunden zu sehen. Unsere Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn für eine bessere Transparenz die kompletten Zahlen der Überstunden, Ferienguthaben und Gleitzeitsaldi ausgewiesen wären. Eine Frage an Gemeinderat Ueli Studer: Vor einem Jahr hat das Parlament den Kredit für das neue Jugendlokal im Liebefeld genehmigt. Im Verwaltungsbericht ist zu lesen, dass der Entscheid des Regierungsstatthalters noch aussteht. Könnte ich über den neuesten Stand informiert werden?

Abschliessend darf ich sagen, dass der Verwaltungsbericht flüssig zu lesen, verständlich erklärt und vor allem interessant ist. Im Vergleich mit dem letztjährigen Bericht ist er um einen Level gestiegen. Wir würden uns freuen, auch in den nächsten Jahren Berichte von diesem Format lesen zu dürfen. Danke für die geleistete Arbeit.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Vor uns liegt ein Bericht im Umfang von fast 200 Seiten, hinzu kommt noch die Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche der GPK. Der Rückblick auf 2010 ist interessant, übersichtlich und klar. Liest man den Verwaltungsbericht, weiss man z. B. Bescheid darüber, wer, wann, was, wo und für wie viel Geld gemacht hat. Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihre grosse Arbeit und wir erwarten, dass dieser Dank an alle Beteiligten weitergegeben wird. Die SVP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht 2010 einstimmig genehmigen.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Der Verwaltungsbericht 2010 liest sich gut und enthält zu jedem Kapitel den von uns gewünschten Ausblick. Im Bericht wird viel gelobt, was den Abteilungen gerecht wird, denn es ist gut gearbeitet worden. Der Umfang des Berichts ist gross und zusammen mit dem Anhang handelt es sich um ein beträchtliches Werk. Ein solch umfangreiches und qualitativ gutes Werk zu erarbeiten, bedeutet sehr viel Arbeit und Aufwand in den einzelnen Direktionen. Ich persönlich brauche den Verwaltungsbericht immer wieder für die Recherche von Kennzahlen und weiteren Informationen. Aufgrund des Spardrucks kann man sich gleichwohl überlegen, ob der Verwaltungsbericht derart ausführlich sein muss. Im Vergleich mit Verwaltungsberichten von anderen Unternehmungen ist er doch ziemlich umfangreich.

Zusammenfassend: Der Verwaltungsbericht 2010 ist sehr gut und sehr detailliert. Besten Dank an die Verwaltung. Ein kleiner Kritikpunkt: Ich habe nach den "Vollzeitstellen im Jahresvergleich" gesucht und nicht gefunden. Dieser Vergleich wäre interessant. Eine Frage: Wie viele Exemplare des Verwaltungsberichts werden gedruckt und welche Stellen erhalten diesen automatisch zugestellt?

**Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Der Verwaltungsbericht 2010 ist wiederum eindrücklich. Ich staune jedes Jahr, wie viele verschiedene Projekte nebeneinander laufen und im Griff behalten werden müssen. In der Regel halten wir Parlamentsmitglieder uns nicht mit Kritik zurück, wenn es um konkrete Vorlagen geht. Das ist unsere Aufgabe. Vielleicht sollte bei den kleinen Details im Hinterkopf behalten werden, dass noch viel anderes läuft. Nachdem ich mich letztes Jahr über das Ausmass des Berichts der Verwaltungsbesuche beklagt habe, darf ich der GPK dieses Jahr ein Kränzlein winden. Der nun vorliegende Bericht ist sehr informativ.

Im Namen der SP-Fraktion danke auch ich dem Gemeinderat und vor allem der Verwaltung herzlich für die geleistete Arbeit. Die SP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht 2010 gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Die Fraktion der Grünen dankt dem Gemeinderat und speziell der Verwaltung für die enorm gute Arbeit, die einmal mehr für den Verwaltungsbericht geleistet worden ist. Der Verwaltungsbericht 2010 ist in seiner Struktur und Aufmachung sehr gut und bringt eine umfassende Information der Arbeit in der Verwaltung über ein ganzes Jahr hinweg. Auch ich brauche dieses Instrument immer wieder, um zu Informationen zu gelangen. Sehr gut ist in unseren Augen auch, dass bei jedem Kapitel am Schluss ein Ausblick enthalten ist, der einen guten Überblick über das gibt, was im Folgejahr angedacht und zum Teil bereits gemacht worden ist. Auch der Bericht der Verwaltungsbesuche der GPK ist nun sehr

schlank und konzentriert. Die Reduktion auf zwei bis drei Schwerpunkte pro Direktion scheint uns sinnvoll und gibt die Möglichkeit, diese genauer zu betrachten.

Die Fraktion der Grünen wird dem Verwaltungsbericht 2010 zustimmen und dankt herzlich dafür.

Ich bringe noch einen kritischen, einen positiven und einen aktuellen, interessanten Punkt an. Zum kritischen Punkt: Wir Grünen haben immer wieder eine Energiebilanz der Gemeindeverwaltung gefordert. Nun ist auf Seite 73 in "Köniz in Zahlen" eine entsprechende Tabelle vorhanden. Leider ist die Information jedoch immer noch sehr mangelhaft, nur die Angabe von Kilowattstunden allein genügt nicht, um eine Effizienz aus der Energiebilanz entnehmen zu können. Dazu sind mindestens noch die Angabe der Quadratmeteranzahl beheizter Flächen oder die gefahrenen Kilometer der Fahrzeuge notwendig. Auch das Vorliegen einer CO<sub>2</sub>-Bilanz wäre interessant. Ganz wichtig sind aber Vergleiche über mehrere Jahre hinweg. Wir hoffen, dass alle weiteren Informationen in dieser Tabelle Einzug finden werden. Es ist sehr wichtig, dass es sich hier nicht nur um das Produkt einer Direktion handelt, sondern hier müssen alle Direktionen mithelfen und ihre entsprechenden Informationen liefern. Gut sind in unseren Augen die Belastungspläne des Individualverkehrs auf den Seiten 35 und 36 von "Köniz in Zahlen". Hier sind die einzelnen Verkehrsströme sehr schön aufgezeichnet und nachvollziehbar, so dass die Entwicklung der letzten Jahre gut nachverfolgt werden kann. Ein weiterer Punkt ist mir besonders aufgefallen, der vor allem für die Ortsplanung, für die Überarbeitung des Richtplans, sehr wichtig ist. Es handelt sich um die Bevölkerungsstatistik auf Seite 34 "Köniz in Zahlen". Zum einen ist festzustellen, dass die Bevölkerung der Gemeinde Köniz 2010 nicht mehr zugenommen hat als in den Jahren zuvor. Vor allem aber ist die durchschnittliche Wohnungsbelegung mit 1,92 Personen pro Wohnung exakt gleich geblieben wie in den Jahren 2009, 2008 und 2007. Hier ist eine Stabilisierung festzustellen. Zugegeben, in der Berechnung für die notwendige Wohnfläche in der Ortsplanung wird von einer Zunahme der Wohnfläche pro Person in Quadratmetern gesprochen. Insofern wäre diese Angabe in der Tabelle sinnvoll. Für die Berechnung des notwendigen Baulandbedarfs wie im Richtplan vorgenommen, spielt es keine Rolle, weil die Berechnung immer mit der Anzahl Wohnungen gemacht wird und zwar pro Wohnung stets 140 m<sup>2</sup>. Gerade für diese Rechnung ist die Aufstellung auf der gleichen Seite oben interessant, "Wohnungen in Zimmerzahl in ausgeführten Bauten". Hier ist zu sehen, dass von den 141 im Jahr 2010 gebauten Wohnungen rund 43 Prozent Zwei- und Dreizimmerwohnungen sind. In der Ortsplanung wird aber für alle Wohnungen immer mit 140 m<sup>2</sup> gerechnet. Hier mein Input: Für die Überarbeitung des Richtplans sind die Zahlen des Verwaltungsberichts zu berücksichtigen. Die Informationen im Verwaltungsbericht sind für alle interessant und ich hoffe, dass sie auch entsprechend genutzt werden. Die Fraktion der Grünen wird dem Verwaltungsbericht gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Franziska Keller (BDP):** Die BDP-Fraktion hat einen Grundsatz: Wenn wir keinen Mehrwert in eine Diskussion bringen können, sagen wir nichts. Den Dank kann uns aber niemand abnehmen. Ich fasse hier den Dank sowohl für die Rechnung als auch für den Verwaltungsbericht zusammen. Ich bitte Finanzverwalter Thomas Pfyl unseren Dank für die Arbeit an der Rechnung 2010 an seine Mitarbeitenden weiterzugeben. Mit den drei Produkten, die wir im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht erhalten haben, erklären wir uns zufrieden. Herzlichen Dank an die GPK für die gute Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche, auch diese ist sehr "kundenfreundlich".

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Im Namen des Gemeinderats gebe ich den Dank zurück. Ich danke für die anerkennenden Worte, auch zuhänden unserer Verwaltung. Diesen Dank werden wir gerne weiterleiten.

Zu den Fragen, die DPF betreffend: Der Überstundensaldo ist hier aufgeführt und wir werden in Zukunft eine umfassende Darstellung mit allen Kennzahlen erstellen. Werden alle Kennzahlen zusammengefasst, sind die Überstunden per Saldo ganz leicht, um ca. 58 Stunden, gesunken. Aus dieser Sicht ist das Anliegen, alle Zahlen (GLAZ, Überzeiten, Ferienguthaben) aufzuführen, berechtigt. Es gibt keinen Gesamtüberblick über die Vollzeitstellen, das hat Hanspeter Kohler richtig festgestellt. Die Darstellung der Stellen wird im übernächsten Verwaltungsbericht – wenn das neue Personalrecht in Kraft ist – verändert, weil solche relevanten Aussagen nicht mehr notwendig sind und eventuell eine Zeitachse angebracht werden kann, die das Lesen der Tabelle vereinfacht. Die Bildung von vertieft zu diskutierenden Schwerpunkten für die Verwaltungsbesuche der GPK ist auch in unseren Augen sehr positiv und zu begrüßen. Bei der Frage von Hanspeter Kohler in Bezug auf die Auflage und Verteilung des Verwaltungsberichts muss ich passen. Ich habe den Eindruck, dass die Auflage relativ klein ist. Der Verwaltungsbericht wird vor allem intern den Abteilungen und Dienstzweigen zugestellt, an den Gemeinderat, an

Parlament und an die Medien. (Anmerkung: Gemäss Nachfrage bei der Verwaltung werden rund 100 Verwaltungsberichte gedruckt).

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Antwort auf die Frage von Patrik Locher in Bezug auf den Jugendtreff werde ich im Traktandum Verschiedenes beantworten.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich antworte auf zwei Fragen, die in der GPK-Sitzung gestellt wurden. Die erste Frage betrifft die Energiebilanz in "Köniz in Zahlen" auf Seite 73. Der Zahlenteil ist ein erster Entwurf und wir sehen vor, ihn laufend anzupassen. Ich habe noch Zahlen der Bruttogeschossflächen erhalten, die nachgefragt worden sind. Die Tabelle, in welcher der Wärmeverbrauch in Kilowattstunden pro Quadratmeter aufgeführt ist, wird dem Protokoll beigelegt. Der Unterschied zwischen den Liegenschaften im Finanzvermögen und jenen im Verwaltungsvermögen besteht deshalb, weil es sich bei den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen vor allem um Schulanlagen handelt. Ich bin gerne bereit, allfällige Fragen dazu zu beantworten. Zweitens wurde die Frage gestellt, wie viel eine Tonne Abfall kostet. Das kann nicht ausgewiesen werden. Wir haben Grün- und Grauabfall, der abgeholt wird sowie auch Recycling, das bei uns abgeliefert wird. Die Kosten zu eruieren, ist sehr schwierig. Allerdings haben wir eine Benchmark auf der Kundenseite vorgenommen, d. h. wir haben uns vor der Anpassung der Abfallgebühren umgeschaut, was in anderen Gemeinden für die Abfallbe-seitigung an Grund- und Verursachergebühren zu bezahlen ist. Wir befinden uns auch mit den neuen Gebühren im Mittelfeld. Ich habe noch einen ganz neuen Vergleich erhalten, den ich Ihnen bekanntgeben will: Der Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband haben Untersuchungen angestellt – die Resultate sind noch vertraulich und können noch nicht veröf-fentlicht werden – wie hoch die Bruttokosten im Abfallbereich pro Einwohnenden sind. Gemäss dieser Berechnung ist die Gemeinde Köniz leicht unter dem Durchschnitt aller befragten Städte und Gemeinden.

---

#### **Beschluss**

Der Verwaltungsbericht 2010 wird genehmigt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **5. Oberstufenzentrum Köniz - Sanierung Turnhallendach und Erstellen einer Photovoltaikanlage**

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Sie haben dazu den Bericht und Antrag des Gemeinde-rat mit einigen Beilagen erhalten. Nach dem Votum der GPK-Referentin erfolgen die Fraktions-voten, die Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

**GPK-Referentin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Das 620 m<sup>2</sup> grosse geneigte Ziegeldach der Turnhalle des Oberstufenzentrums Köniz (OZK) stammt aus dem Jahr 1946. Es ist undicht und muss saniert werden. Die Abteilung Gemeindebauten hat gemäss dem Berner Nachhaltigkeits-kompass die Kriterien der nachhaltigen Entwicklung berechnet. Sämtliche Resultate befanden sich im grünen Bereich. Im Sinn der Legislaturziele im Bereich Energie und entsprechend dem angestrebten Goldlabel für die Gemeinde Köniz schlägt der Gemeinderat vor, anstelle einer einfachen Dachsanierung zusätzlich eine Photovoltaikanlage zu realisieren. Gemäss der vom Gemeinderat erarbeiteten Potenzialanalyse für Sonnenenergie auf gemeindeeigenen Bauten in Köniz, handelt es sich bei diesem Dach um eine gut geeignete Fläche zur Nutzung von Solar-energie. Nach dem Atom-Unfall von Fukushima ist die Produktion von erneuerbarer Energie in kommunalem, wie auch in gesamtgesellschaftlichem Interesse. Mit 235 m<sup>2</sup> Photovoltaikpanels auf der Sonnenseite des Daches ergibt sich ein mittleres Potenzial. Da die Fenster der Turnhal-le bereits saniert worden sind und weil es sich nicht um einen Wohnbau handelt, wird auf eine weitere teure Fassadenrenovation verzichtet, obwohl diese in einem Aufwasch hätte realisiert werden können. Der Raum direkt unter dem Dach bleibt leer, es handelt sich um eine so ge-nannte Indachung. Somit ist eine gute Luftzirkulation gewährleistet. Das ist deshalb wichtig, weil die Solarpanels im Sommer sehr heiss werden können. Mit der installierten Leistung von rund 33 Kilowatt werden ungefähr 30'000 Kilowatt pro Jahr produziert und damit atomloser und CO<sup>2</sup>-neutraler Strom für gemeindeeigene Anlagen hergestellt. Wie bekannt, sind die KEV (Kosten-deckende Einspeisungsvergütungen) gemäss heutiger Grundlagen bis 2014 ausgebucht. Da

aber insbesondere aufgrund der kürzlichen Sommersession des Bundesparlaments Änderungen zu erwarten sind, wird die Anlage angemeldet. Es kann mit Zuschüssen im Bereich von maximal 15'000 Franken gerechnet werden. Will die Gemeinde in den Genuss einer solchen Vergütung kommen, muss ein separater Zähler für die KEV-Anlage installiert werden. Die Gestehungskosten für die Solarstromproduktion belaufen sich bei einer Verzinsung von 5 Prozent auf 52 Rappen Kilowatt pro Stunde (KW/h). Als Grosskundertarif werden der Gemeinde im Hochtarif 10 Rappen/KWh im Sommer und 10,3 Rappen/KWh berechnet. Für Netzurückspeisungen werden im Sommer 8 Rappen und im Winter 11,5 Rappen ausbezahlt. Da jedoch kein Stromüberschuss entsteht, sind vorläufig keine Netzurückspeisungen zu erwarten. Der Preisunterschied zwischen dem Kilowattpreis von rund 10 Rappen für Strom aus dem Netz und rund 50 Rappen für Strom aus der Photovoltaikanlage ist heute noch gross. Die Differenz hängt weitgehend aber auch damit zusammen, dass die Gemeinde in ihren Unterlagen die von der KEV vorgeschlagene Kapitalverzinsung von 5 Prozent mitgerechnet hat. Weiter ist der zu erwartende Betrag der Einspeisevergütung KEV nicht enthalten. Ob die Anlage als Demonstrationsobjekt infrage kommt, wird mit den BKW noch verhandelt, ebenfalls betreffend aktuelle Preise für Grossverbraucher. In der GPK ist angeregt worden, im Rahmen des Jugendsolarprojekts bei allfälligem Interesse und eventuellen Mitteln von Schulen, die Stromproduktion durch Photovoltaikanlagen mittels einer Anzeigetafel ersichtlich zu machen.

Die Sanierung der Dachfläche der Turnhalle des OZK ist mit 150'000 Franken im Investitionsplan 2012 enthalten. Dieser Betrag entspricht einem Ersatz der Bedachung ohne Photovoltaikanlage. Die zusätzliche Realisierung einer Photovoltaikanlage verteuert die Sanierung um rund 200'000 Franken. Der Betrag für die Erstellung der Photovoltaikanlage wird im Rollenden Investitionsplan mit einem noch nicht baubereiten Heizungskonzept in Schlieren kompensiert.

Es ist wichtig, dass das Parlament und damit auch die Gemeinde ein politisches Signal für erneuerbare Energien aussenden. Die GPK empfiehlt deshalb dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen, dem Geschäft zuzustimmen.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Für die Fraktion der Grünen sprechen sowohl energiepolitische als auch finanzpolitische Gründe für die Realisierung der Photovoltaikanlage.

Zu den energiepolitischen Gründen: Nachdem der Bundesrat und das nationale Parlament die Energiewende eingeläutet haben, gilt es auch für die Gemeinden, diese umzusetzen. Gerade Gemeinden können und müssen etwas tun und damit Vorbildfunktion übernehmen. Die Realisierung von Photovoltaikanlagen ist ein gutes Beispiel dafür. Photovoltaik ist zudem Zukunft, denn damit kann bis 2050 rund ein Viertel der Stromversorgung in der Schweiz übernommen werden. Ein Blick auf die Ihren Unterlagen beiliegende Karte zeigt, dass die Umgebung der Schulanlage OZK Potenzial aufweist. Auf den Dächern der Schulanlage und den umliegenden Wohnblöcken könnte Strom für ca. 150 Haushaltungen produziert werden. Das ist etwa 15 Mal mehr als mit der geplanten Anlage produziert wird und damit könnten fast 100 Prozent der rundum Anwohnenden mit Strom versorgt werden.

Zu den finanzpolitischen Gründen. Die Wahrscheinlichkeit dass die Anlage in die KEV (Kosten-deckende Einspeisevergütung) gelangt, ist sehr gross. Damit gelangt man in den Genuss einer 5-Prozent-Geldanlage in den nächsten 20 bis 25 Jahren, womit das Geschäft sogar finanzpolitisch positiv sein wird. Ein kleiner Nachteil ist, dass die Realisierung der Photovoltaikanlage relativ teuer ist. Der Hauptgrund liegt darin, dass es sich um eine Indachanlage handelt. Ein anderer Grund ist, dass der Abschwung des Eurokurses und die damit verbundene Kostenreduktion für die Module leider noch nicht in der Schweiz angekommen ist. Das würde solche Anlagen um bis zu 30 Prozent verbilligen. Die Gelegenheit für die Realisierung der Photovoltaikanlage muss jetzt anlässlich der Dachsanierung genutzt werden. Die nächste Gelegenheit würde erst in 30 Jahren wieder kommen.

Die Grünen Köniz stimmen dem Kredit gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

**Fraktionssprecher Beat Haari (FDP):** Aufgrund des schlechten Zustands des Turnhallendachs des OZK ist der Entscheid für dessen Sanierung richtig. Das muss nicht diskutiert werden und liegt letztendlich in der Kompetenz des Gemeinderats. Dass sich der Gemeinderat bei dieser Gelegenheit die offenbar gut geeignete Fläche als Träger einer Photovoltaikanlage zu Nutzen machen will, scheint der FDP-Fraktion aufgrund der aktuellen Energieerzeugungsdiskussion plausibel, sinnvoll und richtig. Auch wenn sich zum heutigen Zeitpunkt aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine solche Anlage wahrscheinlich kaum rechnet.

Die FDP-Fraktion betrachtet das Vorhaben einerseits als Zeichen, andererseits als wichtigen und richtigen Schritt in die richtige Richtung – wenn auch zu einem vermutlich stolzen Preis – und wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP) :** In den Augen der EVP/CVP/GLP-Fraktion ist die Installierung einer Photovoltaikanlage auf einem geeigneten Dach gut, auch wenn dies mit den heutigen KEV ein finanzielles Risiko darstellt. Es ist in unseren Augen positiv, dass die Gemeinde in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangeht und wir werden dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Aus unserer Sicht darf aber die Installation einer Photovoltaikanlage nicht als Alibi missbraucht werden, um eine Isolation der Gebäudehülle zu umgehen. Es ist hinlänglich bekannt, dass eine Isolation immer noch die wirksamste Methode ist, Energie zu sparen. Was im Fall der Renovation des Turnhallendaches vielleicht noch einigermaßen nachvollziehbar ist: Es darf nicht Usus werden, dass in Anbetracht der angespannten finanziellen Lage auf eine aufwändige Fassadenisolation verzichtet und stattdessen eine Solaranlage installiert wird. Zuerst ist aus unserer Sicht immer zu prüfen, ob nicht eine Fassadenisolation schneller zum Ziel führen könnte.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Letzte Woche, während meiner Velofahrt durch Deutschland und Österreich, sind mir die vielen Bauernhäuser mit Photovoltaikanlagen aufgefallen. In dieser Hinsicht hat die Schweiz noch grosses Entwicklungspotenzial. Wir sind sicher, dass die Realisierung von Photovoltaikanlagen der richtige Weg ist. Aus diesem Grund unterstützt die SVP-Fraktion das vorgesehene Projekt voll und ganz, auch wenn es teuer ist.

Ich stelle Folgendes klar: Die WKK (Wärmekoppelungsanlage), mit der die Schule beheizt wird, läuft im Sommer nicht, sondern es läuft nur der Gaskessel. Es kursierte die Meinung, dass es nicht möglich sei, eine Warmwasser erzeugende Anlage zu installieren. Das wäre sehr wohl möglich gewesen, es besteht aber folgende Problematik: Die WKK gehört der BKW-Tochter Solaire Suisse SA und hier sind erstens Verhandlungen schwierig und zweitens stimmen die Temperaturlevel für die Warmwasserproduktion nicht ganz überein. Warmwasser erzeugende Anlagen haben zurzeit einen deutlich besseren Wirkungsgrad und kosten massiv weniger.

In meinen Augen könnte die Photovoltaikanlage als Pilotprojekt für die Lancierung einer Strombörse Köniz – von der auch schon die Rede war – dienen.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Die BDP-Fraktion hat 2010 das Postulat 1009 "Könizer Strombörse" eingereicht. Wenn nun schon eine Photovoltaikanlage realisiert werden soll, darüber sind wir uns im Parlament ja praktisch einig, wäre jetzt der Zeitpunkt, über eine solche Strombörse mehr Geld einzunehmen als über die KEV. Ich hoffe, dass der Gemeinderat an unserer Idee der Schaffung einer Strombörse Gefallen finden wird.

Zu Jan Remund: Die Solaranlagen im übrigen Europa sind billiger, das ist Tatsache. Die Anlagen für z. B. Deutschland werden jedoch in China produziert und das möchte ich für die Schweiz vermeiden. Wir beraten hier die Sanierung des Turnhallendachs und nicht eine allfällige Sanierung der Gebäudehülle und deshalb konnte ich das Votum von Barbara Thür nicht ganz nachvollziehen. Zu Heinz Nacht: Der Gemeinderat erklärt in seinem Bericht, dass eine Warmwasseraufbereitung durch Sonnenkollektoren aufgrund des im Sommer (Ferienzeit) kleineren Bedarfs wenig sinnvoll ist.

Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen. Will man längerfristig aus der Energiegewinnung mit Atom aussteigen, müssen andere Lösungen angeboten werden.

**Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP):** Auch die SP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Der Entscheid, zusammen mit der notwendigen Dachsanierung die Realisierung einer Photovoltaikanlage vorzunehmen, ist richtig und wichtig. Es ist höchst erfreulich, dass die Gemeinde prüft, die Photovoltaikanlage als Demonstrationsobjekt Schulkindern und Privatpersonen zur Verfügung zu stellen, um die Stromproduktion mittels einer solchen Anlage mitverfolgen zu können. Das Geschäft zeigt jedoch eindrücklich die Schattenseiten der bisherigen rückständigen Politik auf, so z. B. dass die kostendeckenden Einspeisevergütungen (KEV) bis 2014 ausgebucht sind. Wir können nur hoffen, dass den vielen Bekenntnissen zur Energiewende nun Taten folgen, die notwendigen Massnahmen umgesetzt werden und die Warteliste bald zur Vergangenheit gehört.

Mit der Zustimmung leisten wir einen kleinen, aber nützlichen Beitrag in eine zukunftsgerichtete Technologie, die gleichzeitig Schulkindern und interessierten Personen eine nachhaltige Energieproduktion näher bringt. Wir erwarten jedoch, dass bald eine echte KEV mit den BKW mög-



lich wird und dass für weitere Photovoltaikanlagen von Beginn an mit KEV gerechnet werden kann.

**Christian Roth (SP):** Ich bringe eine Kritik an unserem Energieversorger, den BKW (Bernische Kraftwerke) an, die nach wie vor zu den Schlusslichtern bei der Förderung von erneuerbarer Energie gehören. Einmal mehr war ich entsetzt lesen zu müssen, wie wenig Entschädigung wir erhalten. In einer kürzlich ausgestrahlten "Kassensturz"-Sendung war zu lesen, dass andere Energieversorger in der Schweiz bis zu 40 oder 45 Rappen für Solarstrom bezahlen. Damit kämen wir in einen Bereich, der eine Refinanzierung solcher Anlagen möglich macht. Aus dieser Sicht lobe ich den Gemeinderat, dass er dieses Geschäft trotzdem vorlegt.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäfts. Ich bin überzeugt, dass es gut ist, auch wenn hier und dort einige Misstöne bestehen. Eine andere als eine positive Aufnahme hätte mich aber auch erstaunt.

Zu Jan Remund: Das Projekt ist in Zusammenarbeit mit einem qualifizierten Ingenieurbüro ausgearbeitet worden und die vorliegenden Zahlen basieren auf Kostenschätzungen. Wir gehen davon aus, dass wir die ganze Anlage schon des Kostenvolumens wegen öffentlich ausschreiben müssen und die Angebote tiefer sein werden als unsere Schätzungen. Die Entwicklung in diesem Markt ist gross. Einerseits vergünstigen sich die Produktionsmethoden, und andererseits hat das Volumen deutlich zugenommen, was sich beides auf den Preis auswirkt.

Zu Barbara Thür: Wir haben in keinem Fall vorgesehen, anstelle einer Isolation der Gebäudehülle eine Photovoltaikanlage zu installieren. In den letzten Jahren haben wir vielfach bewiesen, dass wir sehr wohl wissen, dass Isolationsverstärkungen unserer Gebäude für Effizienzsteigerungen sorgen. Im vorliegenden Fall beschränken wir uns auf die Nachisolation der Turnhallendecke. Die Fenster wurden bereits in früheren Jahren isoliert und sie sind state of the art. Die Turnhalle wird auf maximal 18 Grad beheizt. So gesehen würde eine Fassadenisolation nicht das bringen, was sie kostet und deshalb verzichten wir darauf.

Zu Heinz Nacht: Wir haben gründlich geprüft, ob allenfalls parallel zur Photovoltaikanlage eine Solaranlage für die Warmwasserproduktion installiert werden soll. Wir sind zum Schluss gekommen, dass das warme Wasser dann anfällt, wenn wir es nicht benötigen, nämlich in der Sommer- und Herbstferienzeit. Zudem ist der Warmwasserbedarf einer Schulanlage deutlich tiefer als jener eines Wohnhauses. Deshalb rufe ich alle auf, selber einige Quadratmeter Solarpanels auf dem Dach zu installieren, damit vermindert sich der Strom- oder Heizenergieverbrauch für die Produktion von Warmwasser deutlich.

Zu Franziska Keller: Die Einrichtung einer Strombörse ist vom Gemeinderat diskutiert worden und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir die jetzt erste grössere Anlage, die erstellt wird, über die KEV einspeisen wollen und nicht über eine Strombörse mit Zertifikatsverkäufen. Das kann durchaus Nachteile haben. So ist mir beispielsweise bekannt, dass für die Photovoltaikanlagen auf den beiden Heimen der Pfadfinder ein Vertrag mit einem Abnehmer bestand, der von einem Tag auf den anderen gekündigt wurde. In einer riesigen Parforce-Übung konnten die Zertifikate weiterverkauft werden. Das Projekt ist noch nicht angemeldet, das wird aber sofort an die Hand genommen, wenn Sie dem Geschäft heute zustimmen.

Zu Ruedi Lüthi: Die Anlage ist der Schulleitung des OZK als Demonstrationsobjekt angeboten worden. Wenn gewünscht, kann im Rahmen des Jugendsolarprojekts daran mitgearbeitet werden. Die Anlage wird mit Zählern und mit Produktionsmessungen eingerichtet, damit sich Interessierte informieren können. Die Photovoltaikanlagen der beiden Heime der Pfadfinder verfügen über von aussen zugängliche Zähler. Solche Photovoltaikanlagen existieren im Übrigen bereits, so z. B. eine auf dem Feuerwehrmagazin an der Sägestrasse oder eine kleinere Anlage in Niederwangen.

Zur Kritik an den BKW: Wir haben Verhandlungen mit den BKW aufgenommen, um in eine möglichst gute Situation zu gelangen. Die Vergütung der BKW entspricht dem was wir für Strom bezahlen. Die Netzkosten werden nicht vergütet. Wir gehen davon aus, dass wir in Kürze positive Meldungen verbreiten können.

Ich freue mich bereits jetzt auf die Inbetriebnahme der Anlage im Herbst. Das wird entsprechend kundgetan.

---

## Beschluss

Für die Ausführung der Dachsanierung der Turnhalle im Oberstufenzentrum Köniz und den Einbau einer Photovoltaikanlage wird ein Kredit von Fr. 377'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 3750.503.1235 bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

Hansueli Pestalozzi trifft um 21.50 Uhr ein.

## **6. Sägematte - Abgabe Wohnbaufeld im Baurecht und Überführung vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen**

Beschluss und Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Zu diesem Geschäft haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats zusammen mit einem Situationsplan erhalten.

**GPK-Referentin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Die Parzelle Nr. 1887 mit 2'360 m<sup>2</sup> ist 2009 der Wohnbauzone zugeteilt worden. 2010 liess der Gemeinderat einen Architekturwettbewerb durchführen. Für das Siegerprojekt werden nun Investoren und Bauunternehmungen gesucht. Dass die Gemeinde zuerst einen Architekturwettbewerb lanciert und nicht mehr als Investorin auftritt, befremdete ziemlich, da damit 130'000 Franken plus Eigenleistungen ausgegeben worden sind und der Investor ebenso unnötigerweise einen Pflichtarchitekten und ein Pflichtobjekt übernehmen muss. Die wieder zurückgenommene Auflage betreffend Schaffung von preisgünstigem Wohnraum hätte wohl problemlos vorher abgeklärt werden können, denn die Erfahrungswerte sind vorhanden, dass dafür mindestens 50 bis 100 Wohnungen gebaut werden müssen. Damit die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum überhaupt möglich wäre, müsste der Baurechtszins günstiger sein. Auch die hohen Anforderungen der Gemeinde an die Gestaltung, die Ökologie und die Nachhaltigkeit eines Neubaus, z. B. mit Minergie-P, müssten angepasst, d. h. reduziert werden. Die Frage, ob die Auflage "billiger Wohnen" in der Ausschreibung vorhanden war, wurde bejaht. Keines der im Rahmen des Wettbewerbs eingereichten Projekte erfüllte die Vorgaben. Auf der Parzelle können maximal 24 Wohneinheiten erstellt werden und damit – das ist auch der Jury bewusst geworden – ist die Realisierung eines Billigwohnbaus praktisch nicht möglich. In der Jury der Gemeinde hatten Gemeindepräsident Luc Mentha, Gemeinderat Urs Wilk, Liegenschaftsverwalter René Schaad und Co-Abteilungsleiter Gemeindebauten Hannes Wyss Einsitz. Dass sich preisgünstig und neu gegenseitig ausschliessen war beim Start des Vorhabens schon klar. Der Baurechtszins an der Sägestrasse 35 kommt auf ungefähr 22 Franken pro m<sup>2</sup> zu stehen und somit geht der angestrebte Preis von 30 Franken in Ordnung. Allfälligen Investoren wird freigestellt, ob sie eine Einstellhalle mit wenigen Parkplätzen selber realisieren oder ob sie sich in der Einstellhalle der Feuerwehr anschliessen wollen. Dass damit in der Ausschreibung autofreies Wohnen gemeint war, war den Wettbewerbsteilnehmern nicht ganz klar. Es sei in Köniz üblich, bei einfachen Baufeldern, wie im vorliegenden Fall, den vorgenannten Weg bis zum Architekturwettbewerb zu gehen. Sollte diese Politik geändert werden? Dies nicht nur im Sinn von unnötigen Auflagen für die Investoren, sondern insbesondere im Sinn der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Sparübungen. Überdies sendet die Gemeinde verwirrende, weil nicht konsequent umgesetzte Signale aus: Bereich Billigwohnen versus Minergie, autofreies Wohnen versus Angebot für den Anschluss an Einstellhallen der Gemeinde, usw.

In Bezug auf die Löschung des Servituts: Zur Parzellierung habe ich einen vergrösserten und klaren Plan verlangt, um die einzelnen Flächen besser zu sehen. Darauf können die Zufahrt zum Stettlergut, die Grünzonen, usw. genauer gelesen werden. Die Gemeinde hat das gesamte Areal 1972 von der Burgergemeinde Bern für 1,4 Millionen Franken, bzw. 105 Franken pro Quadratmeter erworben. Bei den drei Dienstbarkeitsberechtigten handelt es sich um den Besitzer des neuen Stettlergutes sowie die Herren Bucher und Kunz. Im Tausch gegen die Löschung der Dienstbarkeit, Schrebergarten und Voliere, erhalten die Besitzer des neuen Stettlergutes 3'000 m<sup>2</sup> so genanntes Vorgartenland, was einem Wert von mehreren Tausend Franken entspricht. Gemäss Gemeinderat Urs Wilk handelt es sich um Landwirtschaftsland – gemäss Vorlage Vorgartenland – und bedingt durch das Bauverbot sei der Preis hier eher tief, d. h. ca. 5 Franken pro m<sup>2</sup>. Gemäss Ortsplanungsrevision ist vorgesehen, diesen Teil der Parzelle als Grünfläche einzuzonen. Mit den beiden anderen Besitzern wird noch verhandelt. Im Sinn der Transparenz bitte ich, die Verträge der GPK zur Einsicht nachzuliefern. Der Gemeinde verbleiben nach diesem Tauschhandel noch 6'000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche, welche gemäss Ortsplanungsrevision eingezont werden sollten. Da fast die Hälfte des Landes an den Besitzer des Stettlergutes abgegeben wird, bleibt die Frage, ob die Restparzelle noch geeignet überbaut werden kann, da sie extrem schlauchartig ist. Wie will der Gemeinderat zur geplanten Innenverdichtung vorgehen? Da es sich zu guter Letzt um Land mit exzellenten Anschlüssen an den öffentlichen Verkehr handelt, wird autofreies Wohnen in Erwägung gezogen. Es stellt sich die

Frage, ob das als zwingende Auflage an allfällige Investoren weitergegeben wird. Wer entscheidet wann? In der Vorlage ist Wahlfreiheit festgehalten.

Nun zum eigentlichen Antrag des Gemeinderats betreffend der Landabgabe im Baurecht: Obwohl der Baurechtsnehmer noch nicht, sondern nur das Vertragsobjekt und der Mindestbaurechtszins bekannt sind, soll das Parlament dem Gemeinderat eine Art Blankocheck geben. Der Hinweis, dass in Bern solche Vorlagen üblich sind, ist nicht überzeugend. Nach der Vorlage über die Altersheime der Gemeinde Köniz erhalten wir zum zweiten Mal einen Antrag des Gemeinderats in dieser Währung. Sollte es sich um einen Paradigmenwechsel handeln, wäre ein Antrag seitens des Gemeinderats angebracht.

Gemäss Gemeinderat Urs Wilk sind zahlreiche Interessenten für das Objekt vorhanden und es sollte wohl möglich sein, eine Einigung zu erzielen. Ein Antrag in der GPK betreffend Ergänzung von Ziffer 2: "Der Beschluss des Gemeinderats zum Inhalt des Baurechtsvertrags ist in den wesentlichen Punkten verbindlich", ist mit dem Stichtscheid des GPK-Präsidenten verworfen worden. Gemäss Gemeinderat Urs Wilk sind die vom Gemeinderat in Punkt 3, Inhalt des Baurechtsvertrags, beschlossenen Bedingungen jedoch bindend. Ich verweise aber auf die vorhin erwähnte Wahlfreiheit in Bezug auf autofreies Wohnen. Der Baurechtszins ist abhängig von der effektiven Grösse des Baufeld und beträgt ca. 69'100 Franken. Bei der Kapitalisierung mit einem Zins von 3,7 Prozent gelangt man zu einem Kapitalwert von ca. 1,84 Millionen Franken, was ungefähr dem Verkehrswert entspricht. Damit eine möglichst tiefe Abschreibungsquote für die Folgejahre verbucht werden kann, wird nach Aufwertung bei ausserordentlichen Erträgen eine ausserordentliche Abschreibung vorgeschlagen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderats mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, zuzustimmen.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist grundsätzlich für die Abgabe der Parzelle Nr. 1887 im Baurecht. Wir sind aber dagegen, dass dem Gemeinderat in den Verhandlungen eine Art. Blankocheck ausgestellt wird. Uns ist sehr wichtig, dass sicher die beiden Bedingungen – nur Miete und die Verpflichtung, mindestens im Minergie-P-eco-Standard zu bauen – im Baurechtsvertrag erwähnt werden. Wir wissen, dass auch der Gemeinderat diesen Wunsch hat und alles daran setzen wird, diese Punkte im Vertrag zu regeln. Sollte dies jedoch nicht gelingen, scheint es uns wichtig, dass der Gemeinderat das Projekt dem Parlament wieder vorlegen wird.

Wir stellen deshalb einen Antrag auf Änderung von Ziffer 2. Sie soll neu lauten: "2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, die Abparzellierung vorzunehmen, sowie den Baurechtsvertrag *unter den Mindestbedingungen – nur Miete, Verpflichtung mindestens im Minergie-P-eco-Standard zu bauen –* abzuschliessen."

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Uns liegt hier ein Geschäft der Kategorie "verpasste Chance" vor. Dies gleich in verschiedener Hinsicht. Die SP-Fraktion bedauert ausserordentlich, dass die ursprüngliche Absicht, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, über Bord geworfen worden ist. Wir stellen fest, dass gewisse Eckwerte des Geschäfts so schräg sind wie einige Pfeiler der Aussenhülle des neu zu erstellenden Gebäudes. Für die SP-Fraktion sind diverse Feststellungen im Antrag des Gemeinderats schlicht nicht nachvollziehbar. Zum einen ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb der Gemeinderat zur Einschätzung gelangt, dass auf dem Grundstück neben dem Polizeistützpunkt keine preisgünstigen Wohnungen entstehen können. Weshalb? Unsere Informationen und Abklärungen für den Raum Bern haben ergeben, dass es eine untergeordnete Rolle spielt, wie viele Wohnungen gleichzeitig gebaut werden, denn auch der SP-Fraktion ist klar: Neu bauen ist nicht günstig. Es kommt vor allem jedoch darauf an, wer baut und wie viel Gewinn mit der Vermietung von Wohnungen generiert werden soll. Für die SP-Fraktion ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb sich ökologisches Bauen und sich nachhaltig entwickelnde Mieten ausschliessen sollen. Es ist gefährlich, ökologisches Bauen gegen die Nachhaltigkeit von Mietpreisen auszuspielen. Minergie-P-Bauten sind zwar etwas teurer als herkömmliche, sie generieren aber tiefere Nebenkosten und das muss in der Rechnung berücksichtigt werden. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist für uns, weshalb es nicht möglich sein soll, im Baurechtsvertrag die Höhe der Rendite zu begrenzen. Gerade der Baurechtsvertrag ist doch das zentrale Instrument der Gemeinde für die Steuerung der Endkosten. Je höher der Baurechtszins desto höher werden die Mieten ausfallen, so einfach ist das. Die Städte Zürich oder Biel machen es uns vor: In Zürich befinden sich 20 Prozent der Wohnungen im Besitz von Genossenschaften und anderen gemeinnützigen Wohnbauträgern und es wird festgestellt, dass sich die Mieten dieser Wohnungen deutlich unterhalb der Marktmieten entwickeln. Der Gemein-

derat setzt in den Augen der SP-Fraktion aufs falsche Pferd. Er hat offenbar noch nicht erkannt, dass auch in Köniz nachhaltige Massnahmen nötig sind, um die Mieten im Griff behalten zu können. Die SP-Fraktion will damit nicht das Siegerprojekt kritisieren, denn in unseren Augen handelt es sich um ein spannendes, ästhetisch ansprechendes Projekt. Die SP-Fraktion begrüsst die Idee für den Verzicht auf eine Einstellhalle, damit autofreies Wohnen möglich sein soll. Das Gebäude kommt an eine vom öV gut erschlossene Lage zu stehen. Jetzt muss die Gemeinde dafür sorgen, dass sich die Mieten in "arborea" nachhaltig und gemäss dem Prinzip der Kostenmiete entwickeln. Das wichtigste Instrument dazu ist die Abgabe im Baurecht an einen gemeinnützigen Wohnbauträger, der das Projekt mit dem Ziel umsetzen soll, in "arborea" keine teuren Schickimicki-Wohnungen entstehen zu lassen, sondern dass sich die Mieten moderat und für Familien bezahlbar entwickeln. Allerdings schliessen sich dabei Gewinnmaximierungen vonseiten der Gemeinde aus. Ein möglichst hoher Baurechtszins steht dabei nicht im Vordergrund, sondern die Verantwortung der Gemeinde für bezahlbaren Wohnraum auf Gemeindegebiet. Hier muss der Gemeinderat in den Augen der SP-Fraktion über die Bücher.

Die SP-Fraktion verzichtet auf einen Änderungsantrag zum Beschlussesentwurf des Gemeinderats. Sie bereitet jedoch einen Vorstoss zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Gemeinde Köniz vor. Wir sind überzeugt, dass wir vor allem eines tun müssen, damit die Mieten in der Gemeinde Köniz im Griff behalten werden können: Der Wohnungsbau muss dem Gewinnstreben entzogen werden. Wohnungen müssen durch Genossenschaften, durch gemeinnützige Stiftungen oder nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaften erstellt werden. Wir müssen unbedingt von den Erfahrungen anderer Gemeinden in diesem Bereich profitieren und für uns nützen können.

Zum Vorgehen in Bezug auf die Landabgabe im Baurecht: Auch wir haben festgestellt, dass der Gemeinderat eine Praxisänderung vornimmt. Er hat in letzter Zeit wiederholt und kompetent versucht, Baurechtsverträge abschliessen zu können. Die SP-Fraktion ist mit diesem pragmatischen Vorgehen durchaus einverstanden, obwohl das Parlament hier Kompetenzen an den Gemeinderat abgibt. Wir bitten den Gemeinderat, das Parlament zu einem späteren Zeitpunkt über seine gemachten Erfahrungen mit diesem Vorgehen zu informieren.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Die BDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats einstimmig. Die Schliessung solcher Baulücken macht Sinn. Die Ausnützung von bestehendem Siedlungsgebiet ist ein absolutes Muss, um der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken, und wenn die Gemeinde damit nachhaltige Einnahmen generieren kann, handelt es sich um einen doppelten Gewinn. Sie haben gehört, dass der Antrag für die Festschreibung gewisser Bedingungen im Baurechtsvertrag – der nun als Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion vorliegt – in der GPK ein Diskussionspunkt war. Das Thema wurde bereits an der letzten Parlamentssitzung im Geschäft Entwidmung und Überführung der Liegenschaften der Altersheime Köniz vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen diskutiert. Trauen wir dem Gemeinderat zu, die von ihm selber beschlossenen Bedingungen wirklich durchzusetzen? Oder anders gefragt: Sind wir vom Parlament aus bereit, das Geschäft mit dem heutigen Beschluss ganz in die Hände des Gemeinderats zu legen? Oder wollen wir noch einen Fuss in der Türe halten, um eingreifen zu können, wenn es uns notwendig erscheint? Im vorliegenden Geschäft, das für uns keine wesentliche strategische Bedeutung für die Gemeinde Köniz hat, sind wir der Meinung, dass es richtig ist, dem Gemeinderat die Abwicklung mit allen Konsequenzen zu überlassen.

Die BDP-Fraktion wird den Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion einstimmig ablehnen.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Die grundsätzliche Absicht des vorliegenden Handels wäre eigentlich gut gewesen. Es geht um die Abgabe einer gemeindeeigenen Parzelle im Baurecht mit der Auflage, mindestens im Minergie-P-eco-Standard zu bauen. Das Ganze nach Möglichkeit autofrei und mit möglichst preisgünstigen Mieten. Dass das Ziel von preisgünstigen Wohnungen vermutlich nicht erreicht werden kann, ist sehr schade und für die Fraktion der Grünen ein grosser Wermutstropfen. Die Frage stellt sich, ob hier wirklich nicht mehr drinliegt. Das Projekt hat einige kritische Vorgaben zu erfüllen und es ist in unseren Augen von der falschen Seite her aufgegleist worden. Es handelt sich um ein heikles Bau Feld, das hohe Anforderungen an die Gestaltung und Anpassungen verlangt. Deshalb wurde dafür ein Projektwettbewerb lanciert, denn schlussendlich muss sich ein allfälliger Investor verpflichten, einen grossen Teil des Architekturauftrags dem Siegerteam des Wettbewerbs zu erteilen. Das sind Punkte, die zusätzliche Kosten generieren und es ist daher nicht erstaunlich, dass weder die Renditenziele von künftigen Investoren noch der Investor selber bekannt sind. Uns stellt sich eine zweite kritische Frage: Können oder sollen wir der Abgabe des Areals im Baurecht hier und heute zustimmen, ohne dass der Baurechtsnehmer bekannt ist? Die Bedingungen für den Baurechtsvertrag

hat der Gemeinderat hier formuliert, diese sind uns bekannt und wir sind der Ansicht, dass sie eine akzeptable Möglichkeit darstellen. Wir erwarten aber, dass der Gemeinderat diese auch einhält. Damit wir noch einen Fuss in der Türe halten können, sind wir bereit, dem Änderungsantrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion zuzustimmen. Die Auflagen – nur Miete und Verpflichtung mindestens im Minergie-P-eco-Standard zu bauen – sind in unseren Augen minimalste Auflagen. Wir sind bereit, dem Gemeinderat hier, unter der Auflage des Antrags, freie Hand zu lassen. Wir sind gespannt, welcher Erfolg damit erzielt wird.

Die Fraktion der Grünen wird unter dem Zwang der vorhandenen Tatsachen dem Geschäft ohne grosse Freude zustimmen und den weiteren Verlauf genau verfolgen. Wir möchten aber den Gemeinderat und die Verwaltung doch ersuchen, künftig in solchen Fällen das Geschäft anders anzugehen, um so wirklich preisgünstiges Wohnen zu ermöglichen, was eigentlich sein Auftrag wäre. Grundsätzlich ist das Bauen im Minergie-Standard kein Kostentreiber. Die Ziele preisgünstig und neu müssen sich nicht à priori ausschliessen. Es sind jedoch klare Rahmenbedingen zu setzen und es braucht eine andere Art Investoren, es muss nach Lösungen im Bereich Genossenschaftswohnbau gesucht werden. Zudem kann eine Minergie-P-Wohnung bei steigenden Energiepreisen sehr rasch zu relativ günstigem Wohnraum werden. Das im Gegensatz zu den heute günstigen Wohnungen aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren. Bei steigenden Energiepreisen fallen hier sofort hohe Nebenkosten an. Spätestens bei energietechnisch notwendigen Renovationen solcher Liegenschaften werden die Mietzinse erheblich ansteigen.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Auch die FDP-Fraktion hat nichts gegen preisgünstigen Wohnungsbau einzuwenden. Wir haben aber auch nichts gegen Wohnungsbau einzuwenden, deren Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Köniz dann helfen, ihr Steuersubstrat anzuheben, womit sich die Gemeinde Köniz auch Gewisses wieder leisten kann. Als Beispiel bringe ich hier die Gemeinde Ittigen an, die sich sehr stark über gute Steuerzahler finanziert.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats in allen vier Punkten. Wir sind der Meinung, dass er unser Vertrauen verdient und die gemäss seinen eigenen Angaben im Bericht aufgestellten Punkte auch einhalten wird. Das ist in unseren Augen kein Blankocheck. Ein solcher wäre es nur, wenn der Bericht und Antrag des Gemeinderats nichts beinhalten würde. Es handelt sich in unseren Augen um eine Messlatte für die Gangart, welche der Gemeinderat angehen will. Würde er solche Punkte nicht beachten, wäre damit unser Vertrauen in ihn dahin und wir würden ihm keinen solchen "Blankocheck" mehr ausstellen. Die Eckpfeiler sind von der Gemeinde vorgegeben und das genügt uns.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Das schlussendliche Nichtgelingen des Projekts "preisgünstiges Wohnen" ist tatsächlich bedauerlich. Der Gemeinderat hat in guter Absicht im Wettbewerbsprogramm das Thema Preisgünstigkeit deutlich hervorgehoben und vielleicht, zusammen mit den anderen Auflagen – Minergie-P-eco-Standard, etc. –, das Fuder etwas überladen. Letztendlich führte der Wettbewerb zu einem sehr schönen, ökologischen und wirklich Minergie-P-verträglichen Projekt, das leider den Makel hat, die Auflage der Preisgünstigkeit – wie auch immer diese definiert sein mag – nicht ganz zu erfüllen. Dass der Gemeinderat jedoch immer noch der Meinung ist, dass hier keine Luxuswohnungen mit exorbitanten Mietpreisen erstellt werden sollen, zeigt sich doch in Punkt 3 des Berichts. Wir wollen keinen maximalen Baurechtszins generieren, sondern wir haben festgehalten: "Mindestens 30 Franken/m<sup>2</sup>", was für diese Lage nicht sehr viel ist. In der Nachbarschaft werden von der Burgergemeinde zwischen 22 und 24 Franken/m<sup>2</sup> Baurechtszins für in den Sechzigerjahren abgegebene Liegenschaften verlangt. Das Grundstück ist noch nicht ausgeschrieben, zurzeit liegen mir aber bereits 14 Spontanbewerbungen vor und wir sind offen für alles, was kommen wird. Das zeigt sich auch darin, dass sich der Gemeinderat autofreies Wohnen durchaus vorstellen kann. Eine Trägerschaft, die autofreies Wohnen realisiert, ist nicht zwingend auf Gewinnoptimierung ausgerichtet, sondern es handelt sich meistens um Genossenschaften, die sich Gemeinnützigkeit und Ökologie auf die Fahne geschrieben haben. Der Gemeinderat versuchte, die Nichteussierung in Bezug auf das preisgünstige Wohnen zumindest mit den von ihm beschlossenen Auflagen zu kompensieren. Das ist in meinen Augen gut und richtig. Wenn der Gemeinderat nun um die Kompetenz bittet, das Land im Baurecht abzugeben, tun wir dies im Wissen des Gemeinderatsbeschlusses, den er nicht leichtfertig umstossen will. Wir haben uns sehr lange damit auseinandergesetzt und sind zum Schluss gekommen, dass das Ihnen nun vorliegende Geschäft jener Weg ist, den wir gehen wollen. Kommt dieses nicht zustande, werden wir für die Zielerreichung einen anderen Weg finden. Wir beantragen keinen "Blankocheck", sondern wir bitten darum, uns das Vertrauen zu geben und das hat damit zu tun, dass wir gegenüber den potenziellen Baurechtsnehmern, woher auch immer sie kommen werden, eine entsprechende Ver-

handlungsposition einnehmen können. Wir haben mit diesem Weg das Parlament gefragt und dieses hat uns erklärt, unter welchen Bedingungen das Geschäft abzuschliessen ist. Wir wollen für dieses Areal keinen Maximalpreis generieren, sondern das Projekt "arborea" realisieren. Ich habe gerne gehört, dass das Projekt gefällt und über Qualität verfügt.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Aufgrund der relativen Nähe zur Kompetenzgrenze von 2 Millionen Franken, die zwingend das fakultative Referendum verlangt, hat der Gemeinderat beschlossen, dieses freiwillig anzubieten. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie uns ermöglichen, das Projekt auf den Markt zu bringen und die 21 Wohnungen in einer ökologischen vernünftigen Art im Interesse der zukünftigen Bewohner zu erstellen.

---

#### **Beschluss**

Der Änderungsantrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion wird abgelehnt  
(abgegebene Stimmen: 18 für Ablehnung, 14 für Annahme)

---

#### **Beschluss**

1. Der Abgabe eines 2'306 m<sup>2</sup> messenden Teils im Westen von Parzelle Köniz Nr. 1887 im Baurecht wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, die Abparzellierung vorzunehmen sowie den Baurechtsvertrag abzuschliessen.
3. Der Entwidmung und Überführung - nach erfolgter Abparzellierung - eines 2'306 m<sup>2</sup> messenden Teils im Westen der Parzelle Köniz Nr. 1887 vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen wird zugestimmt.
4. Das Parlament bewilligt einen Nachkredit zu Lasten Konto 1720.332 (Verwaltungsvermögen, übrige Abschreibungen) für die ausserordentliche Abschreibung von CHF 1'839'999.00 des Buchgewinnes aus der Vermögensüberführung.

(abgegebene Stimmen: Grossmehrheitlich zugestimmt, 4 Enthaltungen)

---

#### **7. Kunsteisbahn Schwarzwasser - Erwerb**

Beschluss und Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften und Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Zu diesem Geschäft haben Sie den Antrag und Bericht des Gemeinderats mit verschiedenen Beilagen erhalten.

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Ich versuche die wichtigsten Diskussionspunkte der GPK-Sitzung wiederzugeben und werde mich an die drei von der GPK selbstauferlegten Prüfkriterien – Sachverhalt, Nachhaltigkeit und Finanzielles – zu halten versuchen.

Zum Sachverhalt: Bei diesem Geschäft – die Unterstützung des Eissports durch den Erwerb eines Grundstücks – handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, wird die Anlage seit 1997 betrieben. Folgende ergänzende Punkte zu den Unterlagen: Das zinslose Darlehen von 1997 in der Höhe von 250'000 Franken wurde vom Parlament genehmigt und musste nach dem Konkurs der Genossenschaft abgeschrieben werden. Die Anlage wird rege von 19 Vereinen und Teams benutzt. Davon stammen fünf aus Köniz, drei aus Schwarzenburg und der Rest aus der Region Bern und dem Kanton Freiburg. Die Anlage hat somit regionalen Charakter. Genauere Zahlen wurden nicht erhoben. Die 50 Schulklassen aus der Region Köniz/Bern, die jährlich die Eisbahn besuchen, rekrutieren sich aus Schulen in der Nähe von S6-Bahnstationen, die Schulen Wabern und Niederwangen benützen die Anlage nicht. Eine kantonale und regionale Sportstättenrichtplanung fehlt zurzeit. Der Sprechende würde eine solche für unsere Entscheidungsfindung bei Sportgeschäften als hilfreich erachten, haben doch Sportstätten wie die Eisbahn Schwarzwasser eine regionale Auswirkung und sind nicht immer nur Gemeindeangelegenheit. In den Unterlagen ist angedeutet, dass vieles erst nach dem Entscheid konkretisiert wird, wie z. B. die Verpachtung des Restaurants "Wanneträff". Die Gemeinde will selber keine Gaststätte führen.

In Bezug auf Verträge mit Betreibern und die Suche nach einer Rechtsform, die die Haftungsrisiken der Gemeinde ausschliesst und anderes: Gemäss Gemeinderat Ueli Studer wäre die Gründung einer Aktiengesellschaft zusammen mit der Gemeinde Schwarzenburg vorstellbar.

Zur Nachhaltigkeit: Der Gemeinderat will keine Nachhaltigkeitsbeurteilung vornehmen lassen wie z. B. zum Geschäft Sanierung Turnhallendach OZK. Grund dafür ist, dass es sich nicht um

ein Legislaturziel handelt. Die beiden Gemeinderäte, mit welchen Stephe Staub-Muheim und ich das Geschäft vorbesprochen haben, bestätigten dass der Betrieb einer Eissportanlage sehr energieaufwändig ist, mehr als bei anderen Sportstätten, auch mehr als bei Schwimmbädern. Vergleichende Zahlen konnten in der kurzen Zeit nicht eingeholt werden, das verstehe ich. Der Energieaufwand – so viel konnte festgestellt werden – macht ungefähr 30 Prozent der gesamten Betriebskosten aus. Auf dem Terrain der Eissportanlage wurde vorher ein Treibstofflager betrieben. Daher stellt sich die Frage allfälliger Altlasten. Die GPK ist im Besitz eines Auszugs des kantonalen Altlastenkatasters von 2009. Darin wird davon ausgegangen, dass der Boden mit Kohlewasserstoff – d. h. mit Mineralölen – belastet ist. Weil zurzeit aber keine schädlichen und lästigen Einwirkungen auf die Umwelt erwartet werden, ist der Boden im Moment nicht untersuchungsbedürftig. Diese Einschätzung könnte vielleicht einmal ändern. Bei Bauvorhaben ist eine Bewilligung vom Amt für Wasser und Abfall einzuholen und dannzumal könnten Auflagen zur Abklärung und Sanierung angebracht werden. So lange wir nicht bauen, steht die Ampel aber auf grün.

Zum Finanziellen: Die Investitionskosten sind in den Unterlagen ausgewiesen. Die Ausgabe ist, gemäss Seite 4 ganz unten, finanziell neutral. Liquide Mittel werden einfach zu illiquiden verschoben. Der Kredit wird dem Verwaltungsvermögen belastet. Die GPK wollte eine Begründung, weshalb dies so ist. Heute ist von Gemeinderat Ueli Studer eine Antwort eingetroffen, die er selber dann in seinem Votum begründen wird.

Die Folgekosten sind in der Beilage dargestellt, enthalten aber keine Angaben zu Investitionen für die Werterhaltung. Man muss sich fragen, ob mögliche, zurzeit noch nicht absehbare und messbare Folgekosten entstehen könnten. Falls einmal aus irgendwelchen Gründen der Eisbahnbetrieb eingestellt wird, sitzt die Gemeinde auf einem Terrain in einer Freizeit- und Sportzone, das sich ausserhalb des Siedlungsraums und sogar ausserhalb der Gemeindegrenze befindet und das ohne irgendwelche neuen Investitionen nicht mehr benützt werden kann. Die Gemeinde kann in Zugzwang kommen, Beiträge an den Betrieb genehmigen oder sich an Investitionen beteiligen zu müssen, um die weitere Existenz zu sichern; z. B. wenn die Betriebskosten aufgrund steigender Energiepreise nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt werden können oder wenn das ehrenamtliche Engagement allenfalls nachlässt oder andere Gründe. Gemäss dem Verkehrswertgutachten von Herrn Canonica, das den GPK-Mitgliedern bekannt ist, sind in einem Zeitraum von 10 – 15 Jahren mit grösseren Ersatzinvestitionen für die Eisanlage zu rechnen. Der Gemeinderat hat zwar beschlossen, die Überdachung der Anlage für die nächsten Jahre nicht in den Investitionsplan aufzunehmen. Der Druck wird aber sicher spätestens nach 5 Jahren steigen, schon nur deshalb weil eine Überdachung den Energieverbrauch senken würde.

Das Fazit der Chancen: Der Erwerb des Terrains ist ein Beitrag zur langfristigen Sicherung des Eissportbetriebs an einem durch den öv sehr gut erschlossenen Standort. Für den Eissport besteht eine bemerkenswerte Nachfrage. Eissport ist, wie andere Sportarten auch, eine Förderung der Bewegungstätigkeit und damit auch Gesundheitsprävention. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schwarzenburg teilt die Land- und Erwerbskosten und bringt auch der oberen Gemeinde sicher einiges.

Das Fazit der Risiken: Mit dem Weiterbetrieb der Anlage wird eine energieaufwändige Sportart unterstützt. Es muss mit weiteren Folgekosten gerechnet werden. Wird der Betrieb dereinst eingestellt, sitzen wir auf einem Terrain ausserhalb unseres Siedlungsgebiets, dessen Verwendung noch offen und unklar ist.

Die GPK empfiehlt dem Parlament die Annahme des Geschäfts in Abwägung der Chancen und Risiken mit 4 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung. Für die GPK-Mehrheit sind die Chancen grösser, jetzt muss zugepackt werden. Für die Minderheit sind die Risiken grösser, vor allem vor dem Hintergrund der Gemeindefinanzen. Man bemüht sich einerseits mit einem Programm um die Stabilisierung der Finanzen und hier liegt ein Geschäft vor, das die Finanzen zumindest teilweise wieder destabilisieren könnte.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Eine Ergänzung zu den Unterlagen, die die GPK-Mitgliedern erst heute erhalten haben: Ich bin darüber sehr erstaunt, weil diese in der letzten Woche via Parlamentssekretariat versandt worden sind. Ich habe Abklärungen beim Finanzverwalter getroffen und die Frage des Kilowattstunden-Verbrauchs, die in der GPK gestellt worden ist, abgeklärt und verschicken lassen. Einzig die Unterlagen in Bezug auf die Nachhaltigkeit sind nicht verschickt worden. Dazu werde ich mich aber noch äussern.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Ich werde im Folgenden trotz unterschiedlicher Meinungen und intensiven Diskussionen innerhalb unserer Fraktion bewusst eine Fraktionsstimmung abgeben. Die einfachste Lösung wäre – wie oft bei solchen Themen – ein Ja, denn wer ist schon gegen Jugendsport, gegen Freizeitaktivitäten oder gegen Vereine? Mit einem Nein kann man sich nicht viele Lorbeeren holen.

Das Geschäft kann nicht losgelöst von den Finanzen, insbesondere vom aktuellen Stabilisierungsprogramm, diskutiert werden. Das wäre falsch. Ich habe den Begriff "finanziell neutral" gehört, der in meinen Augen gefährlich ist. Mit überspitzten Worten kann man sagen: Kunsteis oder Speiseeis, Kunsteis oder Bibliotheken, Kunsteis oder Strassen, Kunsteis oder Schulhaus-sanierungen. Die FDP-Fraktion erkennt, dass die Kunsteisbahn Schwarzwasser eine regionale und gemeindeübergreifende Bedeutung hat. Wir anerkennen, dass die Eisbahn für sehr viele Vereine, für mehr als 100 Junioren und für Schulen eine zentrale Bedeutung hat. Wir anerkennen auch, dass das Ausweichen auf andere Eisbahnen aufgrund der grossen Distanzen, wie auch aufgrund kaum vorhandener Eiskapazitäten, schwierig werden kann. Trotzdem müssen wir uns folgende Fragen stellen: Ist die öffentliche Hand zuständig für alle Sportarten? Sind Eislauf, Eishockey oder Curling Breitensportarten, für die die Gemeinde finanziell mitverantwortlich ist? Ist der Erwerb aufgrund der momentanen Finanzlage wirklich vertretbar? Wie hoch sind die Folgekosten? Welche Altlasten übernimmt die Gemeinde mit dem Erwerb? Sind keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden? Aus diesem Gründen hat die FDP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Wir werden die Pro- und Kontra-Argumente in Einzelvoten noch erläutern.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für seinen Bericht, wie auch für seine Absicht, dass der Betrieb der Kunsteisbahn Schwarzwasser weitergehen soll, was der CVP/EVP/GLP-Fraktion ein grosses Anliegen ist. Der Kauf der Anlage in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schwarzenburg ist eine Investition in unser Freizeit- und Sportangebot, das vielen Bürgerinnen und Bürgern – ob Jung oder Alt –, vor allem Familien zugute kommt. Wir danken den verschiedenen Vereinen herzlich, die mit ihrem Engagement einen grossen Beitrag zum Sportangebot in der Region beitragen. Wir sind überzeugt davon, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Wie der Gemeinderat in seinem Bericht festhält, erachten wir eine Überdachung der Eisfläche als sinnvoll. In Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinde Köniz können wir diese Massnahme nicht als prioritär einstufen. Uns stört aber Folgendes: Im Bericht wird nicht erwähnt, dass bei der Schätzung der Anlage die Tatsache nicht berücksichtigt worden ist, dass ein Eintrag im Altlastenkataster existiert. Auf dem Geoportal des Kantons Bern kann nachgelesen werden, dass die Parzellen 5022 und 4182 mit Mineralöl kontaminiert sind. Wollen wir an diesem Standort bauen, muss der Boden nochmals untersucht werden. Je nachdem haben wir Glück und es besteht kein Problem oder es werden sich Mehrkosten ergeben. Aus unserer Sicht geht die Gemeinde mit dem Kauf ein Risiko ein und das müsste sich wertmindernd auswirken. Da der Preis jedoch nicht so hoch liegt wie bei der Schätzung, uns der Erhalt der Eisbahn sehr wichtig ist, und weil wir den Mehrwert der Weiterführung der Anlage höher gewichten als das Risiko, werden wir dem Antrag des Gemeinderats Folge leisten.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** In den Reihen der SP-Fraktion befinden sich viele Sportlerinnen und Sportler wie auch Eisläuferinnen und Eisläufer. Wir haben grosse Sympathie für das vorliegende Anliegen. Das aufgegleiste Vorgehen, das Eisfeld zusammen mit der Gemeinde Schwarzenburg zu übernehmen, ist in unseren Augen grundsätzlich sinnvoll und wegweisend. Trotzdem: Die Unwägbarkeiten und finanziellen Folgerisiken sind gross. Die SP-Fraktion stellt deshalb einen Rückweisungsantrag und möchte den Gemeinderat mit folgenden Aufträgen alimentieren:

"1. Es ist abzuklären, welche Altlasten dem zu erwartenden Grundstück unterliegen. Es ist aufzuzeigen, welche Kosten der Gemeinde durch eine allfällige spätere Sanierung entstehen. Es ist zudem aufzuzeigen, an welche verantwortlichen Stellen mit welcher Wahrscheinlichkeit die Kosten einer allfälligen Altlast-Sanierung übertragen werden können.

2. Es ist mit einer Kostengenauigkeit von +/- 25 Prozent abzuklären, welche Folgekosten aufgrund von Investitionen in Überdachung und technische Anlagen etc. in welchem Zeitraum für die Gemeinde Köniz entstehen.

3. Es ist zu klären, wer bei einer allfälligen Stilllegung der Eisbahn für den Rückbau haftet, vor allem wenn der Betreiber Konkurs macht."

Ich begründe die beiden ersten Punkte: Bis anfangs der Neunzigerjahre wurde das Areal durch die Eidgenossenschaft als Treibstofflager genutzt. So lange nichts gebaut wird, besteht kein Problem. Wenn der Boden aber einmal aufgerissen werden muss oder wenn ein Baugesuch gestellt wird, könnte es heikel werden. Machen wir uns nichts vor: Auch die Forderung nach



einer Überdachung der Eisbahn wird kommen, das ist klar. Auch die Frage der Altlastensanierung wird sich sicher stellen. Wissen wir heute, welche Kosten auf uns zukommen werden? Wissen wir heute, wem die Kosten weiterverrechnet werden können? Das wissen wir nicht. Wir als Parlamentsmitglieder haben keine Ahnung, was auf uns zukommen kann. Es handelt sich um ein finanziell nicht abschätzbares Risiko, das vor einer Entscheidung klar und seriös eingegrenzt werden muss. Wenn wir heiraten, überlegen wir uns in der Regel gut, zu wem wir ja sagen. Zum Kostenrisiko zukünftige Investitionen: In der Vorlage ist auf Seite 4 zu lesen: "Wird die Infrastruktur für Eisbahnen und Schwimmbäder nicht durch die öffentliche Hand mitfinanziert, respektive zur Verfügung gestellt, kann eine Anlage nicht betrieben werden." Dieser Aussage können wir grundsätzlich zustimmen. Das bedeutet, dass zukünftige Investitionen durch die öffentliche Hand übernommen werden müssen. Also wird die Gemeinde Köniz gemäss dem geplanten Verteilschlüssel die Hälfte der Investitionen übernehmen müssen, da interessiert uns doch brennend deren Flughöhe. Zu dieser wichtigen und mitentscheidenden Frage erhalten wir keine Angaben, die auch nur annähernd genügen würden. Es ist nur zu lesen, dass es infolge der knapp zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war, Kostenschätzungen für eine allfällige Überdachung und für den Ersatz der technischen Anlagen vorzunehmen. Wir fragen uns, weshalb sich der Gemeinderat diese Zeit nicht genommen hat. Die vorliegenden Informationen genügen uns nicht. Wir können uns nicht mit simplen Hinweisen anderer Eisbahnbetreiber in Bezug auf die Kosten heute zu einem definitiven Entscheid drängen lassen. Dafür muss mehr Fleisch am Knochen sein. Wenn wir jetzt auf der Basis dieser Nichtinformationen entscheiden, wäre das wie wenn ein stark Kurzsichtiger von einem 10-Meter-Brett springt, ohne zu wissen wie viel Wasser im Becken ist. Wollen wir solche Turmspringer sein? Die SP-Fraktion will vor dem Sprung wissen, wie viel Wasser im Becken ist. Gerade die Hinweise auf Langenthal oder Worb lassen erahnen, wie teuer der Unterhalt und die Sanierung einer solchen Anlage kommen kann. Die SP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass es sich hier um ein weiteres finanziell nicht abschätzbares Risiko handelt.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Für die Fraktion der Grünen Köniz ist die Eisbahn Schwarzwasser eine wichtige öffentliche Einrichtung in der oberen Gemeinde Köniz. Die Eisbahn an der Gemeindegrenze gehört für uns zum erweiterten Service public von Schwarzenburg und Köniz. Mir ist aufgefallen, dass dies in der unteren Gemeinde nicht so wahrgenommen wird. Weil z. B. die Schule Mittelhäusern über keine eigene Turnhalle verfügt, ist die Eisbahn zentral und der Sportunterricht im Winter findet teilweise auf der Eisbahn statt. Auch der einstimmige Entscheid zugunsten der Eisbahn der Gemeindeversammlung Schwarzenburg zeigt Bedeutung. Damit wird deutlich aufgezeigt, dass die Eisbahn wichtig ist, obwohl der Beitrag pro Kopf viermal höher ist als für die Einwohnenden der Gemeinde Köniz. Die hälftige Aufteilung des Kaufpreises zwischen den Gemeinden ist angesichts der Bevölkerungsgrösse in meinen Augen fair. Nicht zuletzt macht die sehr gute öV-Erschliessung die Eisbahn auch für Schulkinder sehr gut nutzbar. Der Entscheid ist jetzt nötig, diese Chance wird zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr vorhanden sein. Ohne Gemeindebeitrag ist eine Schliessung wahrscheinlich. Die laufenden Kosten sind wie aufgeführt, relativ klein. Mit einem – inhaltlich sinnvollen – Wechsel vom Verwaltungs- zum Finanzvermögen wären die Abschreibungen weniger gross. In unseren Augen wird mittelfristig eine Überdachung der Eisbahn notwendig, was die Gemeinde vielleicht 2 bis 3 Millionen Franken kosten kann. Ökologisch ist es jedoch sinnvoll, weil damit sehr viel Energie gespart werden kann. Das Beispiel Wichtrach zeigt, dass eine Photovoltaikanlage auf einer Eishalle deren Strombedarf decken kann. Die Altlasten bergen sicher ein gewisses Risiko, da stimmen wir mit der SP-Fraktion überein, und das soll seriös abgeklärt werden. Das Problem ist aus unserer Sicht aber nicht tiefgründig genug für eine Rückweisung. Wir stimmen dem Kredit für den Kauf der Eisbahn einstimmig zu.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Die SVP-Fraktion hat das Geschäft intensiv diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass die Vorteile klar überwiegen. Punkt 1, der öffentliche Verkehr: Durch die S6 ist die Kunsteisbahn Schwarzwasser sehr gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen". Wenn die Gemeinde Köniz weiterhin eine familienfreundliche Gemeinde sein will, wirkt sich der Erhalt einer eigenen Eisbahn sehr positiv aus. Unsere Schulen haben damit die Möglichkeit, ihre Eissportarten auf der Eisbahn Schwarzwasser auszuüben. Die Eisbahn wird jährlich von 100 Schulklassen aus der ganzen Region besucht. Ebenfalls trainieren 19 Eishockeyteams aus der erweiterten Region – sogar über die Kantonsgrenze hinaus – auf der Eisbahn. Wohin sollen diese Benützer der Eisbahn ausweichen? Die Stadt Bern beabsichtigt z. B. die Ka-We-De zu schliessen. Die 19 Vereine und Teams mit rund 400 Mitgliedern müssten ihre Trainings und Spiele irgendwo – im Bericht sind Kandersteg und Grindelwald aufgeführt – durchführen. Die Eiszeiten auf fremden Eisfeldern sind nur noch zu Randzeiten möglich, d. h.

am Morgen früh oder spätabends. Wird die Eisbahn nicht erworben, bedeutet das in den Augen der SVP-Fraktion das Aus für die Vereinstätigkeit der 19 Teams und für die Besuche der vielen Schulklassen. Heute Abend schaut nicht nur Schwarzenburg auf das Könizer Parlament, sondern auch die übrige Region betrachtet uns mit Argusaugen, weil auch sie Interesse an einer nahe gelegenen Eisbahn hat. Mit einem negativen Entscheid würde sich die Gemeinde Köniz keine Lorbeeren in der Region holen. Ich weise auf weitere Zusammenarbeiten hin.

Den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion lehnen wir klar ab, weil eine Rückweisung einer Beredigung der Eisbahn gleich käme und auch die Kosten für eine allfällige Eruiierung der Altlasten würden sicher sehr hoch sein. Ich gehe davon aus, dass die Infrastruktur mit dem Ausdruck "Wanne" richtig benennt ist. Beim Bau des Diesel- und Treibstofflagers sind sicher genaue Auflagen für die Dicke der Betonplatten vorgegeben worden.

Die SVP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion ablehnen und dem Geschäft einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Philippe Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats für den Erwerb des hälftigen Miteigentumsanteils für total 785'000 Franken. Sie lehnt ebenso einhellig den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion ab, obwohl – das muss hier festgehalten sein – durchaus berechnete Fragen aufgeworfen werden. Bei solchen Projekten bestehen immer gewisse Unwägbarkeiten. Es macht unserer Auffassung nach Sinn, die weitere Nutzung des gut erschlossenen Areals zwischen Köniz und Schwarzenburg als Kunsteisbahn zugunsten des Breitensports, der Schulen, von Vereinen und der ganzen Region sicherzustellen. Die Nachfrage dafür besteht und ist durch die Benutzerzahlen ausgewiesen. Ein zentrales Argument für die BDP-Fraktion ist aber auch die Tatsache, dass der Gemeinderat das Geschäft gutheisst und damit zeigt, dass es im laufenden Stabilisierungsprogramm Platz findet. Bei näherer Betrachtung wird aber schnell klar, dass der gemeinsame Kauf kein rentables Geschäft darstellt. Es bestehen Unwägbarkeiten in Bezug auf die Liegenschaft, auf allfällige Altlasten und auf die noch nicht genau einschätzbaren, aber absehbaren Folgekosten. Der bestehende Betrieb ist energietechnisch und ökologisch sicher nicht optimal. Soll der Betrieb der Eisbahn langfristig Bestand haben, werden Eigentümer, Betreiber und Benützer nicht darum herumkommen, sich auf die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für die vom Gemeinderat im Bericht erwähnten Verbesserungsmassnahmen zu machen, wie namentlich eine modernere Eisproduktion, eine bessere Nutzung der Abwärme und schliesslich sogar eine Überdachung. Langwierige Abklärungen und ein allfälliger Nutzungsunterbruch könnten aber dazu führen, dass auch dieses Geschäft bald einmal in die Kategorie "verpasste Chancen" eingereiht wird. Die Risiken sehen wir wesentlich weniger virulent als der GPK-Sprecher in seinen drei Punkten und die SP-Fraktion. Das Geschäft ist schliesslich mindestens so sicher wie eine Heirat.

**Christian Roth (SP):** Zu Niklaus Hofer: Es geht darum, richtig zu starten und den Blick zu justieren. Die SP-Fraktion hegt grosse Sympathie für die Eisbahn und stellt nicht das Geschäft als solches infrage. Wir wollen aber Verantwortung übernehmen und ich frage Sie, ob Sie nun die Verantwortung übernehmen können, hier zu einem Geschäft ja oder nein zu sagen, im Wissen der finanziellen Folgen. Bei solchen Geschäften ist es immer wieder schwierig genau zu wissen, wie es herauskommen kann. In der Regel liegen uns Geschäfte vor, zu denen wir über genügend Informationen verfügen. Hier sind wir aber der Meinung, dass das Finanzrisiko zurzeit nicht abgeschätzt werden kann. Ich bin erstaunt, dass die SVP-Fraktion dem Geschäft relativ sorglos zustimmt, denn sie hat immer wieder Anträge gestellt, die darauf ausgerichtet sind, den Finanzhaushalt im Griff zu behalten. Die Unwägbarkeiten und Unsicherheiten in diesem Geschäft sind unserer Meinung nach zu gross und das sind die Gründe für unseren Rückweisungsantrag. Wenn der Betrieb aufgrund des Rückweisungsantrags effektiv nicht geführt werden kann, wie in der Vorlage aufgeführt, gehe ich davon aus, dass die betroffenen Vereine entsprechend kreativ sind, Lösungen zu finden. Denn der Rückweisungsantrag bedeutet nicht ein grundsätzliches Nein, sondern ein Ja zu klaren Vorgaben und Informationen, um einen wohlüberlegten Entscheid zu finden.

**Hanspeter Kohler (FDP):** Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion bringt in den Augen der FDP-Fraktion nicht viel. Man ist entweder für oder gegen den weiteren Betrieb der Eisbahn Schwarzwasser. Kürzlich bin ich von Eltern eines Schulkindes gefragt worden, wie sich die Gemeinde den Betrieb einer solchen Eisbahn leisten könne, andernorts aber spart. Ich komme noch einmal auf mein Votum zurück: Kunsteisbahn oder Spezsek. Was soll ich diesen Eltern antworten? Ich wurde auch gefragt, wieso die Gemeinde etwas erwerben will, das sich ausserhalb der Gemeindegrenzen befindet. Diese Mittel sollten ihrer Meinung nach in den Spitex-Bereich einfließen. Solches wird man als Parlamentsmitglied gefragt. Es geht hier um Priorisie-

rungen und nicht gegen Vereine, den Sport oder Junioren und es ist wichtig, an welcher Stelle auf der Prioritäten- oder Wunschliste des Gemeinderats das Anliegen steht.

Zu den Folgekosten: Hier sind meiner Meinung nach Vorstösse in Bezug auf die Überdachung oder den Energiebedarf bereits programmiert. Das wird uns einiges kosten. Ebenfalls sind die technischen Anlagen in den nächsten Jahren sanierungsbedürftig, auch wenn der Gemeinderat festhält, dass man in den nächsten fünf Jahren von einer Überdachung absieht.

Zur "PPP" (Public private Partnership): Ich weiss nicht genau, wie weit man in dieser Beziehung ist. Ist es wirklich nicht möglich, weiteres privates Kapital für ein öffentliches Bedürfnis zu generieren?

Aufgrund des laufenden Stabilisierungspakets und der von mir genannten Gründe kann ich den Erwerb der Eisbahn Schwarzwasser nicht befürworten.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Zu Hanspeter Kohler, der erklärt hat, dass er eine Flut von Vorstössen befürchtet: Die FDP, respektive Heinz Engi, hat den Vorstoss 0922 "Erhöhung der Auslastungskapazität bei den gemeindeeigenen Sportrasenplätzen durch entsprechende Massnahmen" eingereicht. Damit werden Kunstrasenfelder für Fussballtrainings gefordert. Die Realisierung eines solchen Kunstrasenfeldes kostet mehr als 1 Million Franken, d. h. mehr als der hier zur Diskussion stehende Betrag. Mir ist auch bekannt, dass sich die FDP massgeblich für die Realisierung der Ballsporthalle Weissenstein einsetzt, deren Erstellungskosten weit über dem Faktor 10 des hier zur Diskussion stehenden Betrags ausmachen.

Zur SP-Fraktion: In meinen Augen sind Abklärungen in Bezug auf die Altlasten gut. Wenn die Abklärungen nun stattgefunden haben und eine Sanierung in Millionenhöhe nötig ist, wird in diesem Fall die Eisbahn sofort stillgelegt? Abklärungen bringen hier nichts, denn so lange der Betonboden intakt ist, ist keine Sanierung notwendig.

Zu den Chancen: Die Kosten für die Überdachung könnten 2 bis 3 Millionen Franken betragen. Dieses Dach könnte aber auch in der Sommerzeit genützt werden, z. B. für Ausstellungen, Messen, usw. Damit könnten Einnahmen generiert werden und damit wäre PPP möglich.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Niklaus Hofer hat vorhin erwähnt, dass das Parlament von Köniz heute Abend mit Argusaugen betrachtet wird. Dessen bin ich mir bewusst. Ich habe aber den Eindruck, dass viele Parlamentsmitglieder die Augen zurzeit schliessen. Die Vorlage birgt Risiken, die wir heute nicht abschätzen können und die ich nicht mit gutem Gewissen eingehen kann.

**Heinz Engi (FDP):** Zu Annemarie Berlinger-Staub: Ich bin hellwach und deshalb habe ich festgestellt, dass die Annahme des Rückweisungsantrags der SP-Fraktion die Eisbahn in den Abgrund stossen würde.

Zu Hansueli Pestalozzi: Im von ihm erwähnten Postulat, das bis Ende Jahr noch behandelt werden muss und hoffentlich erheblich erklärt wird, geht es darum in der Gemeinde Köniz mehr Rasenkapazität zu schaffen. Es ist nachweislich festgestellt, dass in der Gemeinde ca. fünf Rasenfelder fehlen. Von Kunstrasenfeldern war nie die Rede.

Die Eisbahnsituation in der Agglomeration Bern und dem Schwarzenburgerland kann in der Botschaft nachgelesen werden. Ich halte hier fest, dass die Nähe der S6-Station einmalig ist, das zeigen die Benützerzahlen. Ohne die Eisbahn müssen die Eissportler bis nach Grindelwald oder Kandersteg ausweichen. Das ist ineffizient und ökologisch nicht sinnvoll. Die Anlage liegt in einer Zone für Sport- und Freizeitanlagen und ist entsprechend zonenkonform. Die Auslastung ist gut. Damit eine Eisbahn überhaupt ausgelastet werden kann, dafür ist Personal für den Betrieb notwendig. Ich halte fest, dass für den Betrieb der Eisbahn vier bis sechs Teilzeitangestellte eine Beschäftigung finden und so ihren Lohn verdienen. Der angeregte mögliche Ausbau der Anlage für eine Sommernutzung aufgrund einer allfälligen Überdachung: Die Anlage liegt im Sommer brach. Diese Chance sollte genützt und damit zusätzliche Erträge generiert werden. Zum Kaufpreis: Der Verkehrswert wurde auf 1,88 Millionen Franken geschätzt, hinzu kommt gemäss Originalrechnung ein Inventarwert von 220'000 Franken. Die Erstellungskosten für das Restaurant "Wanneträff" betrugen rund 1,7 Millionen Franken. Aus diesen Gründen erscheint mir der Kaufpreis mit 1,5 Millionen Franken sehr attraktiv. Die Risiken sehe ich nicht, denn wir haben dafür einen Gegenwert in Form von Land und Restaurant. Erwähnt worden ist ausserdem, dass Walter Maurer und die Gesellschaft Maurer-Roth mit dem Verkauf der Eisbahn nicht viel Geld generieren wollen, sondern die Parzelle mit der Eisbahn und dem Restaurant wird nicht aus finanziellen, sondern aus Altersgründen verkauft. Der Kauf der Eisbahn hat vor allem für die obere Gemeinde Köniz grosse Bedeutung, denn Investitionen im Bereich Sport und Freizeit sind in den vergangenen Jahren ausschliesslich in der unteren Gemeinde erfolgt: Der Park Liebefeld, der Jugendtreffpunkt, das Kunstrasenfeld im Liebefeld, die noch zu realisierende

Sporthalle Weissenstein, usw. Als Parlamentarier aus Niederscherli bin ich der Meinung, dass das Parlament heute zugunsten der oberen Gemeinde mit dem Kauf der Infrastruktur auch ein politisches Zeichen setzen und bestätigen könnte, dass die Gemeinde Köniz nicht beim Kreisel des Könizer Schlosses aufhört, sondern bis zur Schwarzwasserbrücke tout juste vor die Eisbahn geht. Das Parlament signalisiert mit einem allfälligen Kauf aber auch, dass es grenzüberschreitend denken kann und ein guter Partner für die regionale Zusammenarbeit ist. Es ist bereit, Aufgaben von regionalem Interesse zu übernehmen. Auf der Website unserer Gemeinde ist unter den Rubriken Leben, Sport und Freizeit über das Schwimmbad, den Gurtentrail und den Schwarzwassergraben als Ausflugsziele zu lesen, über die Eisbahn – die bereits heute durch die Gemeinde finanziert wird – ist kein Wort enthalten. Spätestens wenn wir Mitbesitzer der Eisbahn sein werden, kann sie im Standortmarketing als Freizeit- und Spassfaktor eingesetzt werden.

Zur Prävention: Es ist sicher sinnvoller, Geld in Jugendarbeit anzulegen als später in die Jugendbetreuung investieren zu müssen. Ich habe vorhin die Worte von Christoph Salzmann gehört. Auch mir sind ein ausgeglichener Finanzhaushalt und das Funktionieren des Stabilisierungspakets wichtig. Ich möchte die Grössenordnung des vorliegenden Geschäfts in einen Gesamtrahmen stellen und zum Schluss auf zwei Parlamentssitzungen zurückkommen. An der Parlamentssitzung vom 14. Februar 2011 wurde für die Sanierung des Lernschwimmbeckens in Niederwangen ein Projektierungskredit von 277'000 Franken genehmigt; die Sanierung selber wird 3 – 4 Millionen Franken kosten. Im Übrigen befindet sich das Lernschwimmbecken verkehrstechnisch an einer schlechten Lage und ist nicht der gesamten Bevölkerung zugänglich. Im August 2010 ist für die Realisierung eines neuen Jugendtreffpunkts im Liebefeld ein Kredit von 410'000 Franken bewilligt worden. Dies für einen Jugendtreffpunkt, in dem maximal 50 Jugendliche Platz finden. Betrachten wir die Eisbahn Schwarzwasser als Treffpunkt der beiden Gemeinden Köniz und Schwarzenburg, notabene als einen Treffpunkt, an dem 19 Vereine, etwa 100 Schulklassen aus Köniz und Schwarzenburg und ca. 7'500 weitere Personen jährlich dem Eislauf frönen können. Stimmen wir dem Kauf der Eisbahn zusammen mit der Gemeinde Schwarzenburg zu und schaffen klare Eigentumsverhältnisse, die wiederum erlauben, den Eissport auf der Eisbahn Schwarzwasser auf lange Sicht zu sichern.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke dem Parlament für die sachliche Auseinandersetzung mit dem Geschäft. Sehr vieles das nun diskutiert worden ist, kann ich sehr gut nachvollziehen. Ich danke Stephanie Staub-Muheim und Christoph Salzmann für die Prüfung des Geschäfts. Ich entschuldige mich dafür, dass der Versand der Unterlagen spät erfolgte. Mir war nicht bewusst, dass wir selber für den Versand von Unterlagen verantwortlich sind, wenn das Parlamentssekretariat nicht besetzt ist.

Tatsache ist: Der Kauf der Parzelle 5022, die sich im Besitz der einfachen Gesellschaft Walter Maurer und der Schreinerei Rothen befindet, ist in der Legislaturplanung nicht vorgesehen. Die Situation der Familie Maurer stellt sich wie folgt dar: Aus Altersgründen wollen sie den Betrieb des Restaurants Schwarzwasserbrücke aufgeben und direkte Nachfolger sind keine vorhanden. Sie haben sich entschieden, das Restaurant Wanneträff und das Areal der Eisbahn zu verkaufen oder stillzulegen. Wenn der Kauf heute nicht zustande kommt, wird das Areal an andere verkauft und damit wird der Betrieb der Eisbahn sicher nicht mehr möglich sein. Die Verhandlungen mit den heutigen Eigentümern und den beiden Gemeinden sind sehr sachlich geführt worden. Der für die Verkehrswertschätzung verantwortliche und von allen drei Verhandlungspartnern anerkannte Gutachter, Herr Canonica, hat die Anlage auf 1,88 Millionen Franken geschätzt. Der Kaufpreis beträgt 1,55 Millionen Franken. Die Situation in Bezug auf Eisflächen in der Region ist alles andere als rosig. Es bestehen zurzeit 13 Standorte, wobei die Eisbahn Ka-We-De nach der Saison 2011/2012 geschlossen wird.

Es geht heute nicht darum, die eine Sportart gegen andere auszuspielen. Es geht heute darum, ein Zeichen für den Sport und für die Jugendförderung zu setzen. Es geht heute darum, eine Wertschätzung gegenüber den vielen freiwillig Arbeitenden zu setzen. Es geht heute darum, auch ein Zeichen für den Schulsport zu setzen. Es geht heute aber auch darum, ein Zeichen zu setzen und mit unserer Nachbargemeinde Schwarzenburg etwas zu realisieren, das beiden Gemeinden dient und Schwarzenburg zeigt, dass wir ein verlässlicher Partner sind. Wir gehen nicht zum ersten Mal eine solche Kooperation ein, sondern solche bestehen bereits mit der Stadt Bern. Die Situation, dass die Gemeindeversammlung Schwarzenburg sich bereits für den Kauf der Eisbahn entschieden hat, ist ungünstig. Ich bin froh, dass Sie sich in der Diskussion nicht unter Druck setzen liessen und alle Sie beschäftigenden Themen auf den Tisch gebracht haben. Es ging aus terminlichen Gründen leider nicht, dass die Gemeindeversammlung Schwarzenburg und unsere Parlamentssitzung am gleichen Tag stattfinden. Die Zusammenar-

beit mit unseren Nachbargemeinden ist gut und konstruktiv. Das soll auch in Zukunft so sein. Ich bitte Sie deshalb, dem Geschäft zuzustimmen.

Zum Rückweisungsantrag der SP-Fraktion: Wenn dieser angenommen wird, muss ich festhalten, dass die Eisbahn Schwarzwasser im nächsten Winter nicht mehr bestehen wird. Weshalb? In Punkt 1 werden Abklärungen in Bezug auf allfällige Altlasten verlangt. Im 2009 erstellten Bericht der BVE (Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion Bern) ist festgehalten, dass vertiefte Abklärungen erst dann vorgenommen werden müssen, wenn bauliche Tätigkeiten vorgesehen sind, nicht aber bei einem Normalbetrieb der Eisbahn. Punkt 2 des Rückweisungsantrags verlangt die Vorlage eines Projekts mit einer Kostengenauigkeit von +/- 25 Prozent. Die Ausarbeitung eines Projekts dauert im Minimum 1 bis 1,5 Jahre. Allfällige Haftungsfragen bei einem Rückbau wären in diesem Zusammenhang zu betrachten. Seit 2009 befinden wir uns in Verhandlungen mit den Eigentümern in Bezug auf den Preis. Über den Zeitpunkt können wir jedoch nicht mehr verhandeln, denn die Familie Maurer will mit dem Betrieb des Restaurants Wannenrätz und der Eisbahn aufhören. Gibt die Familie Maurer den Betrieb auf, heisst das für den EHC Schwarzenburg, dass keine Eisfläche mehr vorhanden ist. Wie bereits erwähnt, sind für die Abklärungen und die Ausarbeitung 1 bis 1,5 Jahre notwendig und damit wäre im Winter 2011/2012 keine Eisfläche vorhanden.

Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Es geht schlussendlich darum, das Areal jetzt zu erwerben und danach weiterzuschauen. So sind wir auch im Fall der Ballsporthalle Weissenstein vorgegangen. Der Gemeindepräsident von Schwarzenburg, Herr Ruedi Flückiger, ist als Gast anwesend und hört der Debatte zu. Er wird sich die von Ihnen aufgelisteten Bedenken – wie auch ich mir – sicher hinter die Ohren schreiben.

**Gemeinderat Urs Wilk (SVP):** Gemeinderat Ueli Studer hat das Wichtigste bereits sehr engagiert festgehalten. Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen, denn ich bin der Meinung, dass es sich um eine gute Sache handelt. Wir können damit der Region zeigen, dass wir bereit sind, etwas vielleicht nicht ganz Vernünftiges, sicher aber sehr Sinnvolles an die Hand zu nehmen.

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich stelle Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

---

#### Beschluss

Da 13 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf angenommen.

---

#### Beschluss

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wird abgelehnt

(abgegebene Stimmen: Ablehnung grossmehrheitlich, 5 Stimmen für Rückweisung, 5 Enthaltungen)

---

#### Beschluss

1. Dem Erwerb eines Miteigentumsanteils von  $\frac{1}{2}$  an der Kunsteisbahn Schwarzwasser zum Preis von CHF 775'000.00 zuzüglich CHF 10'000.00 für Verschreibungskosten wird zugestimmt.

2. Zu Lasten Konto Nr. 1023. / 4620.503.5801 (Bestandeskonto / Investitionskonto) wird ein Kredit von CHF 785'000.00 bewilligt.

Abstimmung unter Namensaufruf:

Für den Antrag des Gemeinderats	Christian Burren, Heinz Engi, Liz Fischli, Thomas Frey, Martin Graber, Philippe Guéra, Hermann Gysel, Beat Haari, Niklaus Hofer, Franziska Keller, Erica Kobel, Verena Koshy, Daniel Krebs, Andreas Lanz, Stefan Lehmann, Patrik Locher, Ruedi Lüthi, Anna Mäder, Urs Maibach, Hans Moser, Heinz Nacht, Hansueli Pestalozzi, Jan Remund, Elisabeth Rügsegger, Ronald Sonderegger, Hugo Staub, Stephie Staub, Barbara Thür, Thomas Verdun, Markus Willi, Ulrich Witschi, Ursula Wyss
Gegen den Antrag des Gemeinderats	Annamarie Berlinger, Hanspeter Kohler, Christoph Salzmann, Mark Stucki
Enthaltungen	Mario Fedeli, Christian Roth

(abgegebene Stimmen: 32 Ja, 2 Nein, 4 Enthaltungen)

---

**8. Föhrenweg – Ersatz Wasserleitung und Belagserneuerung**

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

Versoben auf die Parlamentssitzung vom 4. Juli 2011

**9. Gebührenreglement für das Baubewilligungsverfahren, baupolizeiliche Verrichtungen und Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes – Änderung**

Beschluss; Direktion Planung und Verkehr

Versoben auf die Parlamentssitzung vom 4. Juli 2011

**10. 0632 Motion (CVP/EVP) "Erotik Betriebe"**

Verlängerung Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

Versoben auf die Parlamentssitzung vom 4. Juli 2011

**11. 0633 Postulat (jfk) "Anreize für energiesparendes Bauen"**

Verlängerung Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

Versoben auf die Parlamentssitzung vom 4. Juli 2011

**12. 1105 Interpellation (BDP) "Könizer Bildungsinstitutionen im Spannungsfeld des Stabilisierungsprogramms: Der Fall Spez.Sek-Klassen am Gymnasium Köniz-Lerbermatt"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Versoben auf die Parlamentssitzung vom 4. Juli 2011

**13. 1106 Interpellation (FDP.Die Liberalen Köniz) "Schliessung der Spezsek Klassen in der Lerbermatt"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Versoben auf die Parlamentssitzung vom 4. Juli 2011

**14. Verschiedenes**

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** In Bezug auf die neue Badeverordnung beantworte ich die Fragen von Christian Roth aus der letzten Parlamentssitzung. Nach 15 Betriebsjahren seit der letzten Sanierung der Badeanlage Weiermatt war es in unseren Augen notwendig, die Verordnungen über den Gebührentarif und über die Benützung der Badeanlage Weiermatt zu prüfen. Aufgrund neuer Auflagen des Bademeisterverbands und der Schweizerischen Lebensrettungsgesellschaft sind diverse Anpassungen zum Thema Sicherheit in Frei- und Hallenbädern notwendig. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass die neue Badeverordnung eine Verdeutlichung der Unfallprävention bringen soll, dass wir uns an geänderte Umstände angleichen wollen und dass klare Handhabungsinstrumente für das Personal vorhanden sind. Christian Roth fragte, mit welcher Begründung das Familienabonnement still und leise begraben worden ist. Das Familienabonnement wurde jedoch weder still noch leise begraben, sondern die Änderung des Reglements wurde im Anzeiger Region Bern publiziert und es sind keine Einsprachen eingereicht

worden. Wir mussten feststellen, dass die vergünstigten Abonnemente für Familien einen sehr hohen Prüfungsaufwand mit sich bringen. Da die klassische Familienform heute nicht mehr die Regel ist, führte dies dazu, dass Trennungs- und Scheidungsurkunden an die Kasse mitgebracht wurden, um den Familienstatus zu belegen. Das führte zu vermehrten unschönen Diskussionen an der Kasse und zu teilweise unnötig langen Wartezeiten. Aus diesem Grund haben wir uns zur Änderung der Verordnung über den Gebührentarif entschieden. Christian Roth erklärte, dass den Familien damit Mehrkosten entstehen. Er hat dabei aber übersehen, dass neu Kinder bis zum Alter von 10 Jahren, anstatt wie bis anhin 6 Jahren, Gratiseintritt haben. Wir gehen nicht davon aus, dass diese Massnahme zu Mehreinnahmen führen wird. Wir versuchten, alle Änderungen möglichst kostenneutral zu halten, denn der Gemeinderat sieht nicht vor, Preispolitik zulasten von Familien zu betreiben. Bis Mitte Juni mussten an der Kasse lediglich fünf negative Äusserungen entgegengenommen werden. Wir sind der Meinung, dass die für einige Personen entstandenen Mehrkosten absolut vertretbar sind und die Badeanlage in der Region immer noch als sehr attraktiv angesehen wird. Wir haben den Preisüberwacher angefragt, ob die vorgenommenen Massnahmen rechtmässig sind und warten gespannt auf seine Antwort.

Zum Jugendtreff im Liebefeld: Der Kredit dazu wurde im letzten Jahr bewilligt und im August 2010 das Baugesuch eingereicht. Die eingereichten Einsprachen sind nun alle vollumfänglich abgewiesen. Der Regierungsstatthalter hat die Baubewilligung erteilt, die in Rechtskraft erwachsen ist und wir gehen davon aus, dass der Jugendtreff den Jugendlichen im November 2011 zur Benützung übergeben werden kann.

**Andreas Lanz (BDP):** Ich spreche hier nicht nur als Parlamentsmitglied, sondern auch als Präsident der Kirchenkreisversammlung Oberwangen Am Wochenende vom 18./19. Juni 2011 durfte Oberwangen das 100-jährige Jubiläum seiner Kirche feiern. Zu diesem Anlass war auch der Gemeinderat eingeladen. Leider konnte aus terminlichen Gründen kein Mitleid an den Feiern teilnehmen. Ich erkläre mich davon etwas enttäuscht. Wenn der Gemeinderat nicht zur Kirche kommt, so kommt die Kirche zum Gemeinderat und ich übergebe den Gemeinderatsmitgliedern einen Fotoband über 100 Jahre Kirche Oberwangen.

**Anna Mäder (SP):** Im Oktober 2007 hat das Parlament auf Antrag des Gemeinderats das Postulat 0708 "Feuerstellen und Brennholz für das Eichholz" erheblich erklärt, worin Folgendes enthalten ist: "Das bestehende richterliche Verbot, welches das Grillieren ausserhalb der dazu vorgesehenen Feuerstellen verbietet, ist durchzusetzen." Die bestehende Situation im Eichholz zeigt sich wie folgt: Das Eichholzquartier wird an jedem warmen Abend regelrecht eingeräuchert. Auf den Liegewiesen wird tatsächlich nicht mehr grilliert, hier hat sich eine Verbesserung eingestellt. Direkt am Aareufer werden aber weiterhin viele Feuer entfacht und das nicht nur an den vorgesehenen Feuerstellen. Der zuständige Gemeinderat ist im Gespräch mit dem Wabern-Leist und hat sich bereit erklärt, sich an einem Sommerabend selber ein Bild davon zu machen. Das ist positiv und ich danke für die Bereitschaft. Aber, in den Gesprächen, die ich persönlich mit dem Gemeinderat und der Verwaltung geführt habe, erklärte man mir, dass es nicht möglich sei, das Feuerverbot durchzusetzen. Deshalb erlaube ich mir einige grundsätzliche Fragen: Weshalb ist der Gemeinderat nicht gewillt, das Postulat durchzusetzen? Weshalb wird zwar ein richterliches Verbot erlassen, aber offen erklärt, dass dessen Durchsetzung nicht möglich sei? Welchen Sinn hat ein solches Verbot und ist es nicht auch die Meinung des Gemeinderats, dass dies einer Kapitulation des Rechtsstaats gleichkommt? Was gedenkt der Gemeinderat konkret zu unternehmen, um die Anwohnerschaft im Eichholz vor den gesundheitsschädlichen Rauchimmissionen wirklich zu schützen?

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich werde diese Fragen weder heute Abend noch nächste Woche beantworten. Dies schlicht und ergreifend, weil ich nächsten Montag nicht anwesend bin. Nach der Begehung des Eichholzes zusammen mit dem Wabern-Leist werde ich die Fragen beantworten.

**Christian Roth (SP):** Gemeinderat Urs Wilk hat den Hinweis bereits im Geschäft betreffend Solaranlage auf dem Dach der Turnhalle im OZK gegeben: Der Heimverein Falkenstein verfügt meines Wissens über eine Photovoltaikanlage für Solarstrom. Wer Solarstrom für 40 Rappen/KWh kaufen will, kann sich beim Heimverein Falkenstein melden.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Das Wort Altlasten ist heute im Zusammenhang mit dem Geschäft Eishaus Schwarzwasser oft gefallen. Betreffend Altlasten besteht ein Verursacherprinzip. Dazu gibt es ein öffentliches Recht sowie privatrechtliche Vereinbarungen. Ich fordere den Ge-

meinderat auf, die Verhandlungen über den Kaufvertrag Maurer-Rothen zuhanden der GPK aufzuzeigen und zu erklären.

**Parlamentspräsidentin Ursula Wyss:** Sie haben die Aufforderung erhalten, die Evaluation zum IAFP bis zum 1. Juli 2011 auszufüllen. Am 30. Juni 2011 findet die Regionalversammlung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland statt. Drei Traktanden der Versammlung unterliegen dem fakultativen Referendum. Das erste behandelt die Spezialfinanzierung der Teilkonferenzen Wirtschaft, Kultur und Regionalpolitik; das zweite die Teilrevision des Geschäftsreglements und das dritte die Teilrevision des Anhangs des Reglements für die Teilkonferenz Wirtschaft, wo es um die Erweiterung der Mitgliederzahl der Kommissionen geht. Sobald die Beschlüsse publiziert sind, läuft die Frist für das fakultative Referendum. Sie werden über den Zeitplan informiert.

Die Folgesitzung für die Behandlung der restlichen Traktanden findet am 4. Juli 2011 um 19.00 Uhr statt.

Im Namen des Parlaments

Ursula Wyss  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament